

Stopp dem links-grünen Raubzug auf den Mittelstand



Positionspapier der Schweizerischen Volkspartei

Stand: 15. Juni 2019

1. Der linksgrüne Raubzug auf Ihr Geld	3
1.1 Was die links-grüne Politik kostet	3
1.2 Noch höhere Benzinpreise: 20 Rappen Aufschlag pro Liter Benzin!.....	4
1.3 «Mobility Pricing»: Strassenzoll mit grünem Mäntelchen. 10 Franken pro 100 km! 1'000 Franken für 10'000 Kilometer Autofahren im Jahr!	6
1.4 «Dreckstromabgabe»: Atomstrom soll drei Mal teurer werden. Das macht 495 Franken Zusatzkosten für einen durchschnittlichen Haushalt!.....	7
1.5 Mehrere hundert Franken höhere Heizrechnung: wegen linksgrüner CO2-Abgabe! 8	
1.6 Solarstrom kostet 2'616 Franken mehr im Jahr als Standardstrom!	9
1.7 Streichung der Steuerabzüge für Kinder, Bausparen, ökologische Sanierung, Pendlerkosten, persönliche Vorsorge, Spenden und Alterspflege.....	10
1.8 Keine höhere Mehrwertsteuer, aber.....	12
1.9 Linke und Grüne für «Heiratsstrafe»	13
1.10 Reisen nur noch für Reiche? Linksgrüne wollen das Fliegen verteuern mit CO2- Abgaben und Steuern das heisst: Mit Verdoppelung der Ticketpreise!	13
1.11 Verboten, vorschreiben, enteignen: Die Kosten der Öko-Politik tragen Familien, Mieter, Pendler und das Gewerbe	15
1.12 Bio für alle – Tausende Franken Mehrkosten für alle!.....	16
1.13 Und bis über den Tod hinaus... Einführung einer nationalen Erbschafts- und Schenkungssteuer.....	17
1.14 Immer höhere Staatseinnahmen = immer höhere Steuern, Abgaben und Gebühren für die Bürgerinnen und Bürger	18
1.15 SP und Grüne wollen zurück zur Schuldenpolitik: Angriff auf die erfolgreiche. Schuldenbremse	21
1.16 Wie die Linken und Grünen die Schweiz kaputtsteuern wollen	22
2. Wofür die Linksgrünen Ihr Geld wollen.....	24
2.1 Linke und Grüne unterstützen ein «bedingungsloses Grundeinkommen»: 2'500 Franken im Monat fürs Nichtstun!.....	24
2.2 Immer mehr Geld ins Ausland: 4 Milliarden Franken Schweizer Steuergelder für die Entwicklungshilfe!	26
2.3 Wer arbeitet, ist der Dumme: 90 Prozent der Flüchtlinge beziehen Sozialhilfe! ...	27
2.4 Markant ansteigende Asylkosten: Pro Jahr rund 1,4 Milliarden Franken nur auf Bundesebene.....	29
2.5 Rekordhohe Krankenkassen-Prämien: Dank SP-Bundesrätin Ruth Dreifuss und ihrem Krankenversicherungsgesetz	31
2.6 Ungebremstes Staatswachstum: Über 70 Milliarden Franken Ausgaben nur beim Bund	34

2.7 Aufgeblähter Sozialstaat.....	39
3. Sie haben die Wahl... ..	42

1. Der linksgrüne Raubzug auf Ihr Geld

1.1 Was die links-grüne Politik kostet

Die Linken wollen nur eines: **Geld, Geld und nochmals Geld**. Sie bedienen sich schamlos am Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger. Vorstösse der SP und der Grünen zielen vor allem darauf ab, den Menschen ihr Eigentum – ihr hart verdientes Geld – wegzunehmen. Nichts machen die Linksgrünen lieber, als Steuergeld einzunehmen und Steuergeld auszugeben. **Weil es gerade angesagt ist, holen SP und Grüne das Geld aktuell mit Öko-Themen.**

Bio-Gemüse, Elektro-Autos, Solar-Strom, energieeffizientes Wohnen, weniger fliegen – das sind **alles schöne Ideen** der Grünen und Rotgrünen. Doch diese Öko-Politik kostet einen Familienhaushalt schnell einmal mehrere Tausend Franken im Jahr. Und man fragt sich: Wie reich muss ich eigentlich sein, um Linksgrün wählen zu können? Denn diese linksgrüne Öko-Politik ist zutiefst unsozial: Sie trifft vor allem die **kleineren Einkommen** und den **Mittelstand**. Der linksgrüne Raubzug trifft **junge Menschen in der Ausbildung, Familien, Pendler und Mieter**. Opfer dieser Politik sind insbesondere die **abgelegenen Regionen** und das **Gewerbe**.

Die vorliegende Schrift rechnet vor, was der rotgrüne Raubzug die Bürgerinnen und Bürger kostet. Wer links und grün wählt, stimmt für massiv höhere Steuern und Abgaben. **Nur die SVP schützt Sie vor diesem Raubzug.**

Hier sehen Sie **auf einen Blick**, was die linksgrüne Politik für Ihr Portemonnaie bedeutet:

Neue linksgrüne Steuern und Abgaben

Kosten pro Haushalt und Jahr

Höhere Benzinpreise: plus 20 Rappen pro Liter = rund 450 Franken im Jahr für einen Familien- und Pendlerhaushalt)	Fr. 450.00
Strassenmaut: plus 1'000 Franken für 10'000 km Autofahren	Fr. 1'000.00
CO2-Strafe für Heizöl: bis zu 1'500 Franken zusätzlich im Jahr (Beispiel-Haushalt)	Fr. 1'500.00
Solarstrom: plus 2'616 Franken im Jahr (Beispiel-Haushalt)	Fr. 2'616.00
«Dreckstromabgabe» für Atomstrom: plus 495 Franken (bei durchschnittlichem Stromverbrauch)	Fr. 495.00
Streichung von Steuerabzügen: für Kinder, Pendlerkosten, Bausparen, Spenden, Altersvorsorge, ökologische Sanierungen. Eine Beispielfamilie bekommt ohne Abzüge eine um 3'941 Franken höhere Steuerrechnung	Fr. 3'941.00
Verdoppelung der Mehrwertsteuer: auf 5'250 Franken pro Kopf bei einem EU-Mindestsatz von 15%	Fr. 5'250.00
Heiratsstrafe: Benachteiligung verheirateter Paare von 1'260 Franken (Beispiel-Paar)	Fr. 1'260.00
Verdoppelung der Flugpreise: Beispielflug nach London für einen vierköpfigen Haushalt: 899.60 statt 400 Franken	Fr. 499.60
Verbot von Ölheizungen: Zusätzliche Mietkosten bei einer energetischen Sanierung (Beispielhaushalt)	Fr. 1'128.00
Mehrkosten für ökologisch korrekte Haushalte: Bio-Lebensmittel, nachhaltige Produkte usw.	bis zu Fr. 2'500.00

Jährliche mögliche Mehrkosten für einen Beispiel-Haushalt	bis zu Fr. 20'639.60
--	-----------------------------

Weitere angestrebte Belastungen für die Haushalte

Nationale Erbschafts- und Schenkungssteuer: 20 Prozent auf höhere Vermögen
Abschaffung des kantonalen Steuerwettbewerbs mit Angleichung an EU-Steuerniveau: höhere Steuern für alle
Noch mehr Staatsausgaben: Abschaffung der Schuldenbremse
Wie die Linken und Grünen die Schweiz kaputtsteuern wollen: Radikaler Angriff auf die Schweizer Vermögen und Einkommen.

Wofür die Linksrünen Ihr Geld wollen

«Bedingungsloses Grundeinkommen»: 2'500 Franken im Monat fürs Nichtstun
Immer mehr Geld ins Ausland: 4 Milliarden Franken Entwicklungshilfe im Jahr
Sozialhilfe: Arbeiten lohnt sich weniger, als vom Sozialstaat zu leben
Asylkosten: 1,4 Milliarden Franken im Jahr für Asylmigranten
Rekordhohe Krankenkassenprämien: Folgen des Krankenversicherungsgesetzes von SP-Bundesrätin Ruth Dreifuss
Noch höhere Gesundheitskosten: SP-Prämieninitiative würde nicht die Kosten senken, sondern das Kostenbewusstsein.
Ungebremstes Staatswachstum: Der Staat wird immer grösser und gefräßiger
Wachsende Steuerlast: Bund, Kantone und Gemeinden kassieren 145,3 Milliarden Steuern im Jahr
Aufgeblähter Sozialstaat: Zuwanderung in den Schweizer Sozialstaat
Schuften für den Staat: Die Hälfte des Lohnes gehen für Zwangsabgaben drauf

1.2 Noch höhere Benzinpreise: 20 Rappen Aufschlag pro Liter Benzin!

2018 forderte die grüne Waadtländer Nationalrätin Adèle Thorens eine Erhöhung des Benzinpreises um 20 Rappen pro Liter¹. Ein Familienhaushalt, der wegen des Arbeitswegs auf ein Auto angewiesen ist, kommt schnell einmal auf jährlich 25'000 Kilometer. **Bei einem Verbrauch von 9 Litern auf 100 Kilometer kostet allein der Öko-Zuschlag 450 Franken im Jahr.**

Schon jetzt kassiert der Staat beim Benzin kräftig: Bei jedem Liter Tankfüllung zwackt die öffentliche Hand **85 Rappen** ab für Mineralölsteuer, Mineralölsteuerzuschlag und Importabgaben². Anders gesagt: Ohne Staat würde der Liter Benzin nur die Hälfte kosten.

Ein Autofahrer, der jährlich 10'000 Kilometer unterwegs ist, zahlt 765 Franken Benzinabgaben. **Bei 20'000 zurückgelegten Kilometern kassiert der Staat 1'530 Franken.** Mit der von den Grünen geforderten Erhöhung um 20 Rappen pro Liter, müsste dieser Autonutzer (Familienhaushalt, Pendler usw.) im Jahr 1890 Franken Treibstoffabgaben leisten.

Wie der Staat die Autofahrer und damit den Mittelstand schon jetzt ausnimmt, zeigt folgende Grafik:

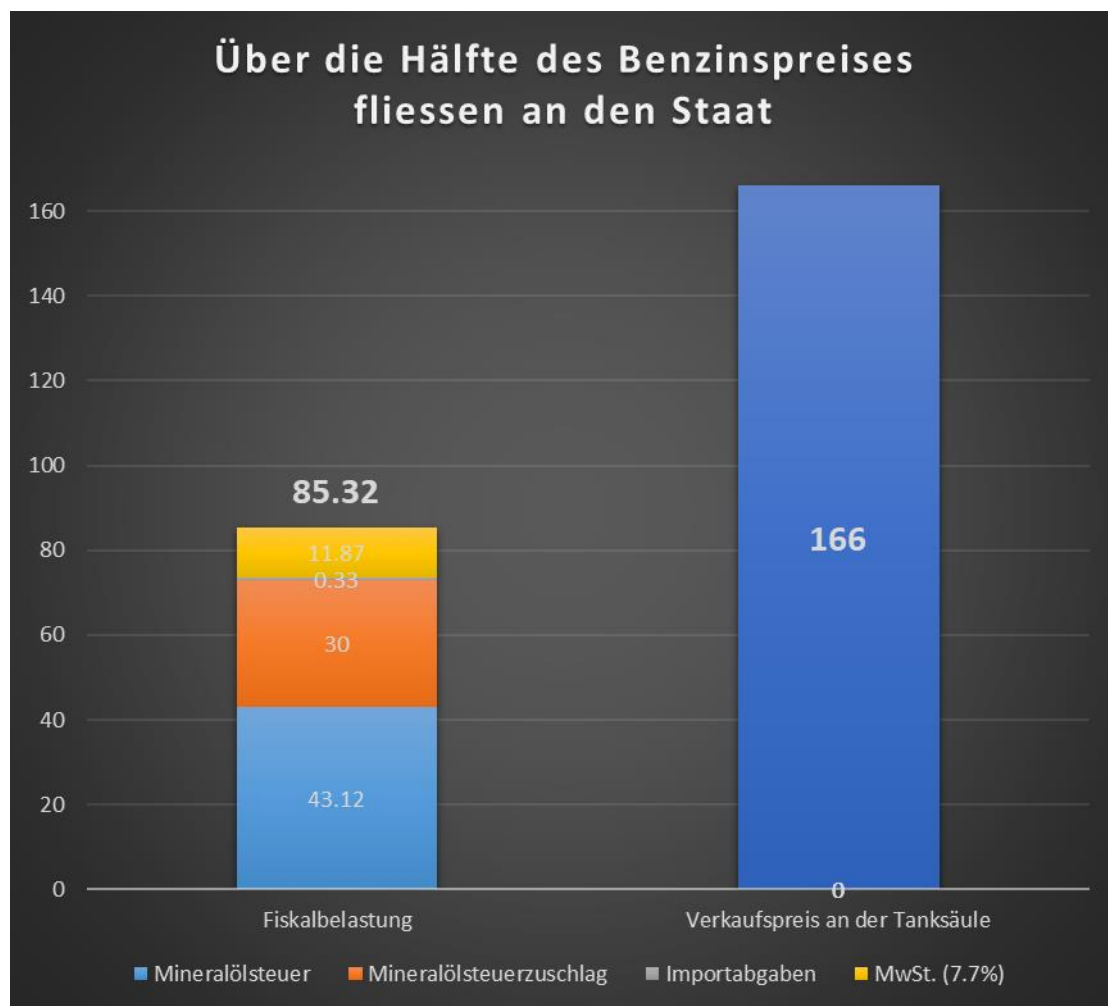
¹ Beratung zum CO₂-Gesetz in der Wintersession, 10.12.2018. Die frühere Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) wollte ursprünglich eine Erhöhung von 26 Rappen pro Liter Benzin.

² www.erdoel.ch

So setzt sich der Preis eines Liters Benzin bleifrei zusammen:

Einkauf und Frachtkosten (April 2019):	CHF 0.5497 / Liter
Handelsspanne Schweiz (Marge für Verkäufer):	CHF 0.2571 / Liter
Total Einkauf und Marge:	CHF 0.8068 / Liter
+ Mineralölsteuer	CHF 0.4312 / Liter
+ Mineralölsteuerzuschlag	CHF 0.3000 / Liter
+ Importabgaben	CHF 0.0033 / Liter
+ MwSt. (7.7%)	CHF 0.1187 / Liter
Total Fiskalbelastung und öffentlich-rechtliche Abgaben	CHF 0.8532 / Liter

Benzinpreis bleifrei total an der Tankstelle: CHF 1.66 / Liter



Bei einem Benzinpreis von 1.66 Fr./l kassiert der Staat über 85 Rappen, d.h mehr als die Hälfte. Einkauf und Fracht des Benzins machen 55 Rappen aus. Die Handelsspanne in der Schweiz beträgt lediglich 25 Rappen.

Beispielrechnung

Wer für 50 Franken Benzin tankt³, **zahlt heute 25.80 Franken an den Staat**. Mit dem Preisaufschlag der Linksrünen kostet die gleiche Tankfüllung 55.50 Franken.

Wer nochmals 20 Rappen mehr pro Liter Benzin bezahlen will, soll SP und Grüne wählen.

1.3 «Mobility Pricing»: Strassenzoll mit grünem Mäntelchen. 10 Franken pro 100 km! 1'000 Franken für 10'000 Kilometer Autofahren im Jahr!

Die grüne Parteipräsidentin Regula Rytz (BE) will in der Schweiz eine Strassen-Maut einführen wie in Italien oder Frankreich. Zahlen fürs Fahren. Diese Kilometerabgabe nennt sich harmlos «Mobility Pricing». Tatsächlich haben wir es mit einem **mittelalterlichen Strassenzoll** im grünen Mäntelchen zu tun.

Die Idee: Jeder Autofahrer soll nach zurückgelegten Kilometern eine Strassenabgabe zahlen. Was zusätzlich droht: In den Stosszeiten steigen die Preise, was besonders die Pendler trifft. Und eine Sondermaut für alle, die mit dem Auto in eine Innenstadt wollen. **Diese Maut zahlen übrigens alle – auch Benutzer von Elektroautos.**

«Der Strassenverkehr verursacht heute **über 6 Milliarden Franken** ungedeckte externe Kosten pro Jahr», begründet Rytz ihre Forderung. Diese «Umwelt- und Gesundheitskosten» müssten über ein Mobility Pricing-System abgegolten werden.⁴ Auch die SP will, dass die «effektiven externen Kosten» in den Preis der Energie «integriert» werden⁵.

Was bedeutet dieses «Mobility-Pricing» für das Portemonnaie von jedem Autofahrer, jeder Familie mit Auto, jedem Gewerbebetrieb?

Bei jährlich 60,9 Milliarden zurückgelegten Strassenkilometern durch in- und ausländische Personenwagen, würde die Umwälzung rund 10 Rappen pro Kilometer ausmachen. Eine Fahrt von 100 Kilometern würde also 10 Franken kosten!

Wer mit seinem Auto 10'000 Kilometer im Jahr zurücklegt, **zahlt zusätzlich 1000 Franken Strassenabgabe** («Mobility Pricing»). Wer 15'000 Kilometer im Jahr mit dem Auto fährt zahlt 1500 Franken. 20'000 Kilometer kosten zusätzlich 2000 Franken usw.

Auch diese linksgrüne Idee trifft **vor allem die tieferen Einkommen**, die Familien, die Pendler, die abgelegenen Regionen und das Gewerbe: Jeden Schreiner, jede Spinet-Angestellte, jeden Elektriker usw. Die Folge davon: Verlust von Arbeitsplätzen und teurere Dienstleistungen. Grüne Verkehrspolitik heisst, dass sich am Ende nur noch Reiche Ferien und Autofahren leisten können.

Wer für 100 Kilometer Autofahrt zusätzlich 10 Franken Strassenabgabe («Mobility Pricing») zahlen will, soll SP oder Grüne wählen.

Wer meint, Familien und Pendler sollen pro Jahr 2'000 Franken zusätzlich als Strassengabe zahlen, soll Rot/Grün wählen.

³ Bei einem Referenzpreis von 1.65 pro Liter Superbenzin

⁴ <https://gruene.ch/medienmitteilungen/regula-rytz-zum-mobility-pricing-2>

⁵ «Grundsatzpapier Steuergerechtigkeit» der SP-Fraktion, S.14

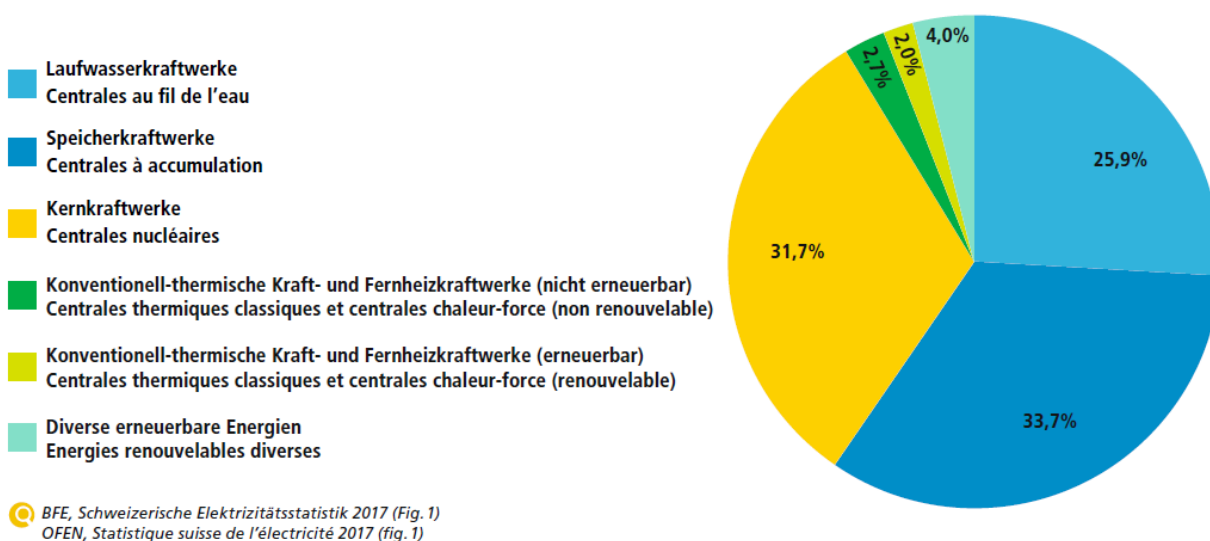
1.4 «Dreckstromabgabe»: Atomstrom soll drei Mal teurer werden. Das macht 495 Franken Zusatzkosten für einen durchschnittlichen Haushalt!

Die Schweizer Kernkraftwerke erzeugen preisgünstigen Strom – praktisch ohne CO₂-Emissionen. Vor allem aber sind die **Kernkraftwerke wichtig für eine zuverlässige Stromversorgung**: Sie können ihre Produktion sehr rasch hochfahren und damit Engpässe ausgleichen. Dagegen stehen Windräder still, wenn der Wind nicht weht.

Trotz der Vorteile möchten die Linksrünen die Kernkraftwerke möglichst sofort stilllegen. Die **Bevölkerung misstraut dem Atomausstieg** ohne überzeugende alternative Energieversorgung, die auch bezahlbar ist. Die Stimmbevölkerung lehnte deshalb 2016 die «Atomausstiegsinitiative» der Grünen mit 54,2 Prozent ab.

Nun will man den Leuten die Kernkraftenergie über die politische Preisgestaltung austreiben. Die SP fordert eine «Dreckstromabgabe» auf nicht erneuerbare Elektrizität. Damit ist vor allem der Atomstrom gemeint. «Die Höhe der Abgabe», sagt die SP in ihrem Steuerpapier, «soll sich an den externen Kosten orientieren.»⁶ Die Schweizerische Energie-Stiftung SES hat dazu die Studie «**Atomvollkosten. Was der Atomstrom wirklich kostet**»⁷ in Auftrag gegeben. Sie kommt bei ihrer Berechnung zum Schluss, dass eine Kilowattstunde Atomstrom **rund 16 Rappen** kosten müsste. «Das bedeutet, Atomstrom ist mindestens dreimal so teuer, wie er heute verkauft wird.»⁸ **Apropos Öko-Filz**: Präsident des Stiftungsrates der SES ist Beat Jans (BS), Nationalrat und Vizepräsident der SP.

Fig. 1 Stromproduktion 2017 nach Kraftwerkskategorien
Production d'électricité en 2017 par catégories de centrales



Ein typischer vier Personen Haushalt in der Schweiz verbraucht 4500kWh⁹. Im Jahr 2018 lag der Durchschnittswert pro kWh knapp unter 30 Rappen/kWh. Somit beläuft sich die jährliche Stromrechnung auf 1'350 Franken.

Wer findet, dass die Haushalte eine «Dreckstromabgabe» von jährlich zusätzlich 495 Franken zahlen müssen, soll SP und Grüne wählen.

⁶ «Grundsatzpapier Steuergerechtigkeit» der SP Schweiz, S.13

⁷ «Atomvollkosten. Was der Atomstrom wirklich kostet.» Herausgegeben von der SES, November 2013

⁸ «Atomvollkosten», S.4

⁹ Medienmitteilung Elcom, Konstante Strompreise 2019, 7.9.2018

1.5 Mehrere hundert Franken höhere Heizrechnung: wegen linksgrüner CO2-Abgabe!

Das Heizen mit Öl wird heute schon mit einer Öko-Abgabe belegt. Sie beträgt aktuell 96 Franken pro Tonne CO₂, was rund 25 Rappen pro Liter Heizöl ausmacht. Die Grünen wollten diesen Betrag auf 210 Franken pro Tonne CO₂ oder **54 Rappen pro Liter Heizöl** erhöhen¹⁰. Das ergibt für einen Haushalt in einer Mietwohnung von 100m² und einem durchschnittlichen Verbrauch von 21 l/m²/Jahr einen Zuschlag von **1134 Franken**.

Für die Grünliberalen viel zu wenig. Vor der Beratung zum CO₂-Gesetz schrieben sie in einer Medienmitteilung: «Die CO₂-Abgabe ist an sich ein effektives Instrument um den CO₂-Ausstoss zu verringern. Damit unser CO₂-Ausstoss aber in der gewünschten Geschwindigkeit reduziert werden kann, braucht es eine grössere Lenkungswirkung. Daher fordern wir eine Erhöhung des Maximalansatzes von 210 Franken pro Tonne auf 400 Franken pro Tonne.»¹¹

Die Forderung der GLP ergäbe **104 Rappen Öko-Strafe pro Liter Heizöl**. Für einen Familienhaushalt in einer Mietwohnung von hundert Quadratmetern und einem durchschnittlichen Verbrauch von 21 l/m²/Jahr kostet die grünliberale CO₂-Abgabe **2'184 Franken** (heute 525 Franken). Wer sich diese rotgrüne Politik nicht leisten kann, muss zu Hause schlottern.



Wer über 1'500 Franken mehr fürs Heizen im Jahr ausgeben will, soll Linksgrün wählen.

¹⁰ Beratung zum CO₂-Gesetz im Nationalrat, 11.12.2018

¹¹ Medienmitteilung der GLP vom 3.12.2018

1.6 Solarstrom kostet 2'616 Franken mehr im Jahr als Standardstrom!

Die Linken und Grünen wollen den **sofortigen Ausstieg aus der Kernkraft**. Ein Widerspruch: Denn die Kernkraftwerke produzieren praktisch CO₂-frei Elektrizität. Die **Stromlücke** müsste mit dem Import von ausländischem (Atom-)Strom oder mit dem Bau von Gaskraftwerken (hoher CO₂-Ausstoss) ausgeglichen werden.

Natürlich wäre es wunderbar, wenn die Schweiz mit Windrädern und [Solaranlagen](#) ihren Strombedarf decken könnte. Aber diese Vorstellung ist naiv. Wir haben zu wenig Sonne (nicht nur im Winter) und für die Windenergie ist unser Land auch nicht geeignet. In der Schweiz werden **nicht einmal 2,5 Prozent des Stroms** durch Photovoltaik und Windenergie produziert¹².

Wer einen kopflosen Ausstieg aus der Kernenergie fordert, setzt unsere sichere und kostengünstige Energieversorgung aufs Spiel. Diese **ideologische Hauruck-Politik** würde vor allem die Haushalte und die Wirtschaft treffen. Man muss sich den links-grünen Öko-Strom leisten können, wie folgendes Rechenbeispiel zeigt:

Öko-Strom muss man sich leisten können

Das Portal www.mynewenergy.ch vergleicht die verschiedenen Stromangebote. Als Beispiel diene ein Vier-Personen-Haushalt in der Stadt Zürich, Mietwohnung mit Wärmepumpenheizung, Stromverbrauch von 7'590 kWh im Jahr.

Der Standard-Strompreis durch das Elektrizitätswerk Zürich beträgt 119 Franken im Monat. Wer ganz auf Sonnenenergie setzen möchte und das Produkt ewz.solartop wählt, zahlt für gleich viel Strom 337 Franken im Monat. **Das Öko-Sünneli kostet den Haushalt 2'616 Franken mehr im Jahr als der Standardmix.** Unbezahlbar für Normalverdiener. Die angeblich so sozialen Linken und Grünen machen in Wahrheit **unsoziale Politik**.



(Quelle: Uvek)

¹² <https://www.strom.ch/de/energiewissen/produktion-und-handel/produktion-strommix>

Wer glaubt, der Strom kommt aus der Steckdose und von ein paar Windrädchen auf dem Jurasüdfuss, soll SP und Grüne wählen.

Wer 2'616 Franken mehr im Jahr für Solarstrom ausgeben will, soll SP und Grüne wählen.

1.7 Streichung der Steuerabzüge für Kinder, Bausparen, ökologische Sanierung, Pendlerkosten, persönliche Vorsorge, Spenden und Alterspflege.

Obwohl der Bund, die Kantone und Gemeinden jedes Jahr mehr Steuern und andere Abgaben eintreiben, wollen SP und Grüne die arbeitende Bevölkerung noch mehr schröpfen. Nicht nur direkt durch höhere Steuersätze und durch die Einführung neuer Abgaben wie der CO₂-Steuer. **Besonders perfid ist die Streichung von Steuerabzugsmöglichkeiten**¹³. Damit bestrafen die Linksgrünen insbesondere Familien, Angestellte, Sparer und Wohneigentümer – also die arbeitende Bevölkerung, die Eigenverantwortung übernimmt. Die heimtückische Streichung von Steuerabzügen kostet die Haushalte mehrere Tausend Franken.

Keine Steuerabzüge mehr für «ökologische Sanierungen» und Alterspflege

Die SP fordert, das «Wirrwarr von Steuerabzügen» zu streichen¹⁴. Dabei nennt die SP ausgerechnet die Möglichkeit, Spenden oder Kosten für die Alterspflege abzuziehen. Wer selber **sozial handelt**, soll noch **steuerlich bestraft** werden! Die SP will zudem den Abzug für «ökologische Sanierungen» abschaffen: Die «grünen» Roten wollen also den steuerlichen Anreiz streichen, dass Wohneigentümer ihre Immobilie **energetisch sanieren** und damit den CO₂-Verbrauch senken...

Abschaffung des Kinderabzugs

«Der Kinderabzug soll abgeschafft und in eine Kindergutschrift umgewandelt werden.»¹⁵ Kindergutschrift tönt gut, aber ist wieder ein typisches Beispiel von Umverteilung: Zuerst wird das Geld über die Steuern eingezogen und dann bürokratisch verteilt. **Kinderabzüge bei den Steuern entlasten die Haushalte direkt.**

Gegen Bausparabzug und persönliche Altersvorsorge

«Die bekannten legalen Steuerschlupflöcher bei der 2. und 3. Säule und beim Wohneigentum müssen geschlossen statt vergrössert werden (gegen einen Bausparabzug, gegen die indirekte Amortisation).»¹⁶ Die SP will damit den **positiven Anreiz zur persönlichen Altersvorsorge** (Säule 3a) und zum **Sparen für Wohneigentum** abschaffen. Diese Streichung trifft insbesondere die eigenverantwortlichen Bürger und den Mittelstand.

¹³ Als «fragwürdig» bezeichnet die SP folgende Abzugsmöglichkeiten: Berufskosten-Abzug: km-Pauschalen, auswärtiges Essen, Unterschied Unselbständig-/ Selbständigerwerbende; Wochenaufenthalter-Abzug; Abzug für Vermögensverwaltung; Abzug für Vergabungen; Berufliche Vorsorge, Kapitalleistungen, Versicherungen; Wohneigentum: Eigenmietwert; Krankheitskosten: mit Franchise, bei IV aber ohne Franchise, woraus sich Vollzugsprobleme ergeben; usw.» Steuerpolitisches Konzept der SP-Fraktion vom 5. Juli 2005, S. 43

¹⁴ Grundsatzpapier Steuergerechtigkeit verabschiedet vom Parteitag am 28. Juni 2014 (Das Papier verweist zudem auf der ersten Seite auf das «Steuerpolitisches Konzept» der SP-Fraktion vom 5. Juli 2005, siehe Anmerkung oben), S.5

¹⁵ Grundsatzpapier Steuergerechtigkeit, S.11

¹⁶ Steuerpolitisches Konzept der Sozialdemokratischen Fraktion der Bundesversammlung. Bern, 5. Juli 2005, S.47

Keinen Pendlerabzug mehr

Die grünen Nationalrätinnen Aline Trede (BE) und Sibel Arslan (BS) nehmen die Auto-pendler ins Visier: Der Pendlerabzug bei der Steuererklärung soll künftig nur noch jenen gewährt werden, «die für den Arbeitsweg ein Fahrzeug mit einer Netto-Null-CO₂-Emission benützen»¹⁷. Ein «fossilfreier Pendlerabzug» ist das Ziel. Wobei **Elektroautos** nicht automatisch befreit wären: «Es kommt auch auf den Strom an, mit welchem die Autos betrieben werden. Dreckiger Kohlestrom darf nicht vom Pendlerabzug profitieren.»

Für die betroffenen Arbeitspendler geht es bei der Bundessteuer um bis zu 3000 **Franken**, die abgezogen werden können. In den meisten Kantonen sind bei den Steuern sogar **deutlich höhere Abzüge** möglich – in Zürich zum Beispiel bis zu 5000 Franken, in Bern 6700 Franken, im Aargau 7000 Franken oder in Graubünden 9000 Franken. Die beiden grünen Politikerinnen wollen, dass auch die Kantone die gleichen Vorschriften erlassen.

Das heisst massiv höhere Steuern für Familien, Angestellte, Wohneigentümer und den Mittelstand! Das wollen die Linksrünen: Keine Kinderabzüge mehr in der Steuererklärung.



Streichung der Abzüge: 3'941 Franken mehr Steuern für eine vierköpfige Familie!

Keine Abzüge mehr für Kinder, 3. Säule, Pendlerkosten und andere Ausgaben. Was das für einen Familienhaushalt in der Stadt Zürich (2 Kinder und 70'000 Franken Nettoeinkommen) bedeutet, zeigt der **Steuervergleich** auf www.comparis.ch¹⁸. Bei diesem Beispiel wurden 3'000 Franken Abzug für die Säule 3a und 6'000 Franken weitere Abzüge geltend gemacht. Die vierköpfige Familie zahlt so 1'239 Franken Kantons- und Gemeindesteuern. **Ohne Abzüge 5'180 Franken!** Der vierköpfige Haushalt müsste 3'941 Franken mehr Steuern zahlen dank linksgrüner Politik... Dazu käme noch eine höhere Bundessteuer.

Wer keine Steuerabzüge mehr will und dafür eine um mehrere Tausend Franken höhere Steuerrechnung bezahlen möchte, soll SP und Grüne wählen

¹⁷ Blick, 1.3.2019

¹⁸ <https://www.comparis.ch/steuern/steuervergleich/steuern-im-vergleich>

1.8 Keine höhere Mehrwertsteuer, aber...

Um die Mehrwertsteuer kommt niemand herum. Wer **einkaufen** geht (zum Beispiel Kleider, Lebensmittel, Hygieneartikel, ein Auto usw.) oder **Dienstleistungen** bezieht (Coiffeur, Transporte, Essen im Restaurant usw.) bezahlt in der Schweiz Mehrwertsteuer.

Die SP druckst in ihrem «Grundsatzpapier Steuergerechtigkeit» beim Thema Mehrwertsteuer herum¹⁹. Sie fordert, die Mehrwertsteuer nicht auf Kosten der kleinen Einkommen zu erhöhen. Hier ist den Sozialdemokraten absolut zuzustimmen: Die Mehrwertsteuer ist eine Konsumsteuer und trifft vor allem Familien und Personen mit tieferen Einkommen. Nur **heuchelt die SP gleich doppelt**, wenn sie keine Mehrwertsteuer-Erhöhung auf Kosten der kleinen Einkommen will:

1. Die SP hat in den letzten Jahren **allen Erhöhungen der Mehrwertsteuer** (für die IV und die Altersreform) **zugestimmt** bzw. sich gegen Senkungen ausgesprochen.
2. Vor allem aber will die SP den **Beitritt der Schweiz zur EU**. Als Mitglied der Europäischen Union müssten wir die Mehrwertsteuer auf **mindestens 15 Prozent** anheben. So schreibt es die EU allen Mitgliedern vor. Das wäre auf einen Schlag eine Verdoppelung der Mehrwertsteuerlast für jeden Haushalt in der Schweiz: von 7.7 auf 15 Prozent!



2018 nahm die Schweiz 22,644 Milliarden über die Mehrwertsteuer ein. Das macht pro Kopf rund 2'700 Franken MwSt.-Einnahmen. Mit dem EU-Beitritt, den die SP²⁰ und die Grünen²¹ wollen, würde sich die **Mehrwertsteuer-Belastung pro Kopf auf gut 5'250 Franken** erhöhen.

¹⁹ «Als indirekte Steuer, die somit nicht einkommensabhängig ist, birgt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer immer die Gefahr einer Umverteilung der Steuerlast von oben nach unten.» Grundsatzpapier Steuergerechtigkeit, S.13

²⁰ «Die SP steht für die rasche Einleitung von Beitrittsverhandlungen mit der EU ein.» Parteiprogramm der SP Schweiz, S.41

²¹ «Ein klares Ja zum europäischen Weg», Medienmitteilung der Grünen Schweiz, 8.2.2009. «Die Stimmbevölkerung hat nun innerhalb kurzer Zeit mehreren EU-Vorlagen zugestimmt. Jetzt muss es darum gehen, die europäische Idee wiederzubeleben und die Schweiz für einen Vollbeitritt vorzubereiten. Denn die Schweiz gehört zu Europa und ist eng mit der EU verflochten, und dies nicht nur im wirtschaftlichen Sinn. Die Bilateralen sind nur ein Ersatz für den Vollbeitritt, der in Zukunft unausweichlich wird.»

Wer lieber 15 statt 7.7 Prozent Mehrwertsteuern bezahlt, soll mit der SP und den Grünen der EU beitreten.

1.9 Linke und Grüne für «Heiratsstrafe»

SP, Grüne und Grünliberale sind gegen die Abschaffung der «Heiratsstrafe». Die drei Parteien lehnten die Volksinitiative der CVP «für Ehe und Familie – gegen Heiratsstrafe» im Nationalrat geschlossen ab²². Damit werden über **450'000 Paare in der Schweiz steuerlich benachteiligt** – nur weil sie verheiratet sind! Die SP lehnt die Initiative ab, weil sie angeblich ein «rückständiges Gesellschaftsbild» festige und zu «Milliarden-Ausfällen in der Bundeskasse» führe²³.



Verheiratete Paare zahlen eine deutlich höhere Bundessteuer und werden auch im Alter durch die gemeinsame AHV bestraft. Ein Beispiel aus dem Kanton Bern: Er verdient 50'000, sie 60'000 Franken im Jahr. Als unverheiratetes Paar zahlen sie 21'900 Franken Steuern. Nach der Hochzeit müssten sie **1260 Franken mehr bezahlen**, nur weil sie verheiratet sind.

Wer findet, Paare sollen steuerlich benachteiligt werden, nur weil sie verheiratet sind, soll Linksgrün wählen.

1.10 Reisen nur noch für Reiche? Linksgrüne wollen das Fliegen verteuern mit CO2-Abgaben und Steuern das heisst: Mit Verdoppelung der Ticketpreise!

Noch die Generation unserer Grosseltern konnte sich kaum Ferien leisten. Reisen war eine Frage des Geldbeutels. Heute können sehr viele Menschen in die Ferien fahren und andere Länder, sogar ganze Kontinente bereisen. Das **bereichert jeden** und öffnet den persönlichen Horizont.

Wenn es nach dem Willen der Linksgrünen geht, sollen sich **bald wieder nur die Gutverdiener das Reisen** leisten können. So verlangen die SP und die Grünen, zusammen mit verschiedenen Verbänden, dass der Bundesrat die Flugtarife verteuert²⁴. Sie wollen, dass die Schweiz eine **Flugticketabgabe** erhebt, «welche die Kostenwahrheit des Flugverkehrs abdeckt». Zudem soll sich die Schweiz international für eine Kerosinsteuer einsetzen.

²² Schlussabstimmung im Nationalrat vom 19.6.2015

²³ Medienmitteilung der SP Schweiz, 11.04.2019

²⁴ Offener Brief «Klimaschutz konkret: Zugreisen statt Flugreisen fördern» an die damalige Umweltministerin Doris Leuthard, 9.4.2018



Unter dem Titel «Klimaschutz» soll das Reisen massiv verteuert werden. Betroffen von dieser Reise-Steuer sind vor allem Junge, Familien und Menschen mit weniger hohen Einkommen. Für eine London-Reise zahlt ein vierköpfiger Haushalt **499.80 Franken zusätzlich für die Flugtickets.**

1 Person Flug Basel – London²⁵ (788 km)

Aktueller Flugpreis ²⁶	100.00 Fr.
Treibstoffsteuer	32.20 Fr.
CO2-Abgabe ²⁷	76.65 Fr.
Mehrwertsteuer (7.7%)	16.10 Fr.
Flugpreis mit linksgrünen Zuschlägen:	224.95 Fr.

1 Person Flug Basel – New York City (6404 km)

Aktueller Flugpreis	800.00 Fr.
Treibstoffsteuer	261.60 Fr.
CO2-Abgabe ²⁸	483.00 Fr.
Mehrwertsteuer (7.7%)	118.90 Fr.
Flugpreis mit linksgrünen Zuschlägen:	1'663.50 Fr.

Wer findet, die Flugtickets müssten doppelt so teuer werden, soll SP und Grüne wählen.

²⁵ Berechnung auf der Basis folgender Daten: Durchschnittlicher Kerosinverbrauch von 5,52l/Personen & 100 km (gemäss deutscher Luftfahrtbehörde). Kerosinbesteuerung von 0.74 Fr/l (analog von Inlandflügen), CO2-Abgabe von 210 Fr/Tonne CO2-Ausstoss gemäss Anträgen der Linksgrünen beim CO2-Gesetz.

²⁶ Mittlerer Beispielpreis für die Berechnung beider Flüge

²⁷ CO2-Menge gemäss Berechnung von www.myclimate.org: 0.365 t

²⁸ CO2-Menge gemäss Berechnung von www.myclimate.org: 2,3 t

1.11 Verboten, vorschreiben, enteignen: Die Kosten der Öko-Politik tragen Familien, Mieter, Pendler und das Gewerbe

Wehe, man lässt sie gewähren. Die Linksgünen haben einen **Drang zur Umerziehung und Bevormundung** der Menschen. Ob Fleischkonsum²⁹, Feuerwerk am 1. August³⁰, Rauchen auf öffentlichen Plätzen, Kennzeichnung fetthaltiger Lebensmittel, oder christliche Feiern an Schulen: Die **neuen Moralapostel** wollen möglichst in allen Lebensbereichen vorschreiben, was wir zu tun und zu lassen haben. Die linksgünen Verbote und Vorschriften kosten zudem viel Geld – betroffen sind vor allem Familienhaushalte, Gewerbebetriebe, Mieter und Pendler.

Verbot von Benzin- und Dieselaautos

Der grüne Fraktionschef Balthasar Glättli (ZH) reichte eine Motion³¹ mit der Forderung ein, dass ab 2025 in der Schweiz keine Personenwagen mehr mit Benzin- oder Dieselmotor neu zugelassen werden dürfen. **Verboten heisst indirekt enteignen.**

Wer ein Elektro-Auto will, muss ein dickes Portemonnaie haben. Durchschnittlich geben die Schweizerinnen und Schweiz 45'000 Franken für einen Neuwagen aus. Wer einen schicken Tesla (Model S) will, muss **über 107'000 Franken** hinblättern. Mit 836 Stück steht er auf Platz 2 der meistverkauften Elektroautos in der Schweiz. Aktuell liegt übrigens der Marktanteil von PWs mit Elektroantrieb bei mickrigen 1,7 Prozent (2018). Grün wählen, heisst also noch lange nicht grün Autofahren. Typisch links: Statt mit gutem Beispiel voranzugehen, will man lieber vorschreiben und verbieten.

Ach, und wer glaubt, dass Elektroautos umweltfreundlicher sind als Benziner irrt. Der Tesla verursacht pro km über 10 Prozent mehr CO₂ als das Benzinauto.³²



²⁹ Besonders nachteilig wirke sich die Fleischproduktion auf die Klimabilanz aus. «Daher soll aus Grüner Sicht die lokale und saisonale Produktion von Obst und Gemüse stärker gefördert werden.» Medienmitteilung der Grünen Schweiz, 29.6.2011

In ihrer Medienmitteilung «Für grüne Arbeitsplätze und eine nachhaltige Landwirtschaft» fordern die Grünen eine «Energieetikette» auf Lebensmittel und eine «Mässigung beim Fleischkonsum», 19.9.2009

³⁰ Im Kanton Aargau wollte ein Initiativkomitee u.a. aus SP und Grünliberalen privates Feuerwerk verbieten. Aargauer-Zeitung, 6.8.2011

³¹ Motion 17.3081 «Das Pariser Klimaabkommen umsetzen. Ab 2025 nur noch Autos mit Zero-Emission-Antrieb zulassen», eingereicht am 8.3.2017

³² [Elektro gegen Benzin: Die ehrliche Klimabilanz](#). SRF, 31.10.2017

Verbot von Ölheizungen

«Warum sind klimaschädliche Ölheizungen in der Schweiz immer noch erlaubt?»³³, fragt die grüne Parteipräsidentin Regula Rytz (BE) den Bundesrat in einem Vorstoss. Sie möchte gesetzliche Vorgaben, um die «Neuinstallation von Ölheizungen bzw. den Ersatz von Ölheizungen durch Ölheizungen rasch zu unterbinden». Das neue CO₂-Gesetz sieht vor, dass **fossile Heizungen ab 2029 nur noch unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt sind**: Wenn die Gebäudehülle genügend saniert wurde.

Natürlich ist es wünschenswert, dass Öl- oder Gasheizungen ersetzt werden. Aber auch hier stellt sich die Frage: Wie hoch sind die Kosten? Wer bezahlt? Und **wer kann sich diese Öko-Politik überhaupt leisten?**

Eine Studie des Bundesamtes für Energie und des Bundesamtes für Wohnungswesen hat ergeben, dass die Energiesanierung von Häusern eine **erhebliche Mehrbelastung für die Mieter** bedeutet³⁴. Fazit der untersuchten Beispiele: Die Kosteneinsparung aus dem reduzierten Energieverbrauch ist wesentlich geringer als die mit der Sanierung verbundene Mieterhöhung³⁵. Ein Mehrfamilienhaus mit 32 Wohnungen wurde rundum renoviert. Rechnet man den Anteil der Mieterhöhung heraus, der auf die energetische Sanierung zurückzuführen ist, kommen dabei 149 Franken heraus, wobei die Mieter nur rund 55 Franken pro Monat an Energiekosten sparen. **Der Öko-Aufschlag im Jahr: 1'128 Franken**. Die höheren Mietzinskosten können bei einkommensschwachen Personen sogar zum Wohnungsverlust führen³⁶.

Wer Ölheizungen verbieten will und dafür höhere Mieten zahlen will, soll SP und Grüne wählen.

1.12 Bio für alle – Tausende Franken Mehrkosten für alle!

Gemäss dem Branchenverband Bio Suisse geben die schweizerischen Konsumenten **3,1 Milliarden Franken für Bio-Lebensmittel** aus, was rund neun Prozent Marktanteil ausmacht. Das beliebteste Bio-Produkt sind Eier mit 27,6 Prozent Anteil am gesamten Umsatz. Aktuell kostet in der Migros ein Sechser-Pack Bio Eier Schweiz Freiland Fr. 4.85. M-Classic Eier aus der Schweiz mit Bodenhaltung nur rund die Hälfte: 2.45 Fr.

Das Bundesamt für Landwirtschaft hat 2015 für das Konsumentenmagazin «Kassensturz» erstmals berechnet, wie viel mehr eine Familie für Bio-Produkte bezahlen muss³⁷. Der Preisunterschied ist markant: **Ein Warenkorb mit 25 Lebensmitteln des täglichen Gebrauchs ist 50 Prozent teurer**. Die Kartoffeln waren 72 Prozent teurer, die Bioäpfel Golden Delicious kosteten 89,8 Prozent mehr, die Pouletbrust sogar 90,8 Prozent. Für den Warenkorb mit konventionell produzierten Produkten zahlt die Familie im Monat 238 Franken. Wer nur Bio-Produkte kauft, zahlt deutlich mehr: rund 358 Franken. Insgesamt gibt ein Schweizer Haushalt im Schnitt 632 Franken im Monat für Lebensmittel aus. Wer bei seinen Einkäufen generell auf Nachhaltigkeit achtet, gibt schnell einmal 2000 bis 2500 Franken mehr aus im Jahr für **ökologisch korrekte Konsumartikel**. Auch hier gilt: Öko-Politik ist unsozial – oder nur für die oberen Einkommen.

³³ Interpellation 16.3207 von Nationalrätin Regula Rytz (Grüne/BE), eingereicht am 18.3.2016

³⁴ Auch eine neue Studie der ZHAW Soziale Arbeit kommt zum Schluss, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen «Einkommens- und Energiearmut», Herausgeber: BWO, Februar 2019

³⁵ Studie «Energetische Sanierung - Auswirkungen auf Mietzinsen», 15.8.2014, S.2

³⁶ «Erhöhte Mietzinskosten infolge energetischer Sanierungen übersteigen oft das knappe Budget von vulnerablen Gruppen und können zum Wohnungsverlust führen.» Studie «Zusammenhang zwischen Einkommens- und Energiearmut», Zusammenfassung, S.3

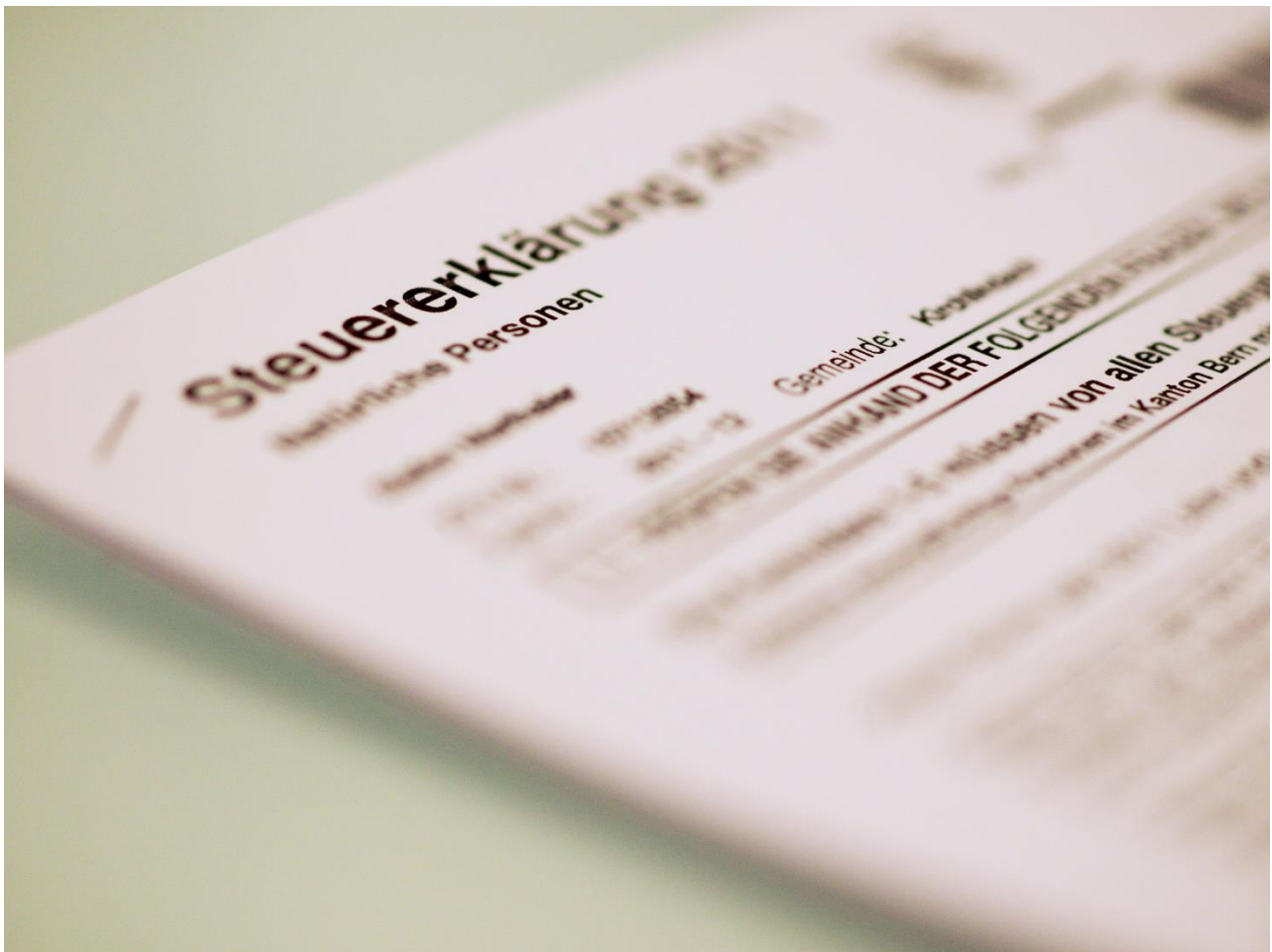
³⁷ Kassensturz-Sendung vom 20.10.2015

Wer bis zu 2'500 Franken mehr im Jahr für Öko-Produkte ausgeben will (oder kann!), soll SP und Grüne wählen.

1.13 Und bis über den Tod hinaus... Einführung einer nationalen Erbschafts- und Schenkungssteuer

Die linksgrüne Gier nach dem Geld der Anderen macht selbst vor dem Tod nicht halt. Bis darüber hinaus wollen sie den Bürgerinnen und Bürgern ans Portemonnaie. SP und Grüne haben 2015 die Einführung einer nationalen Erbschafts- und Schenkungssteuer unterstützt. Die **KMU- und familienfeindliche Initiative** wollte eine 20-Prozent-Erbschaftssteuer für Vermögen ab einer bestimmten Freigrenze. Auch in ihrem steuerpolitischen Konzept fordert die SP: «Der Bund besteuert alle Erbschaften und Schenkungen und teilt den Ertrag mit den Kantonen.»³⁸

Bei Erbschaften oder Schenkungen handelt es im Übrigen nicht um steuerfreies Geld. Wer spart oder Wohneigentum kauft, hat das Geld **schon mehrfach versteuert**: als Einkommen, als Vermögen und dann noch wiederkehrend als Eigenmietwert. Nach dem Willen der Linksgrünen soll der Staat nun auch noch beim Erbfall zulangen.



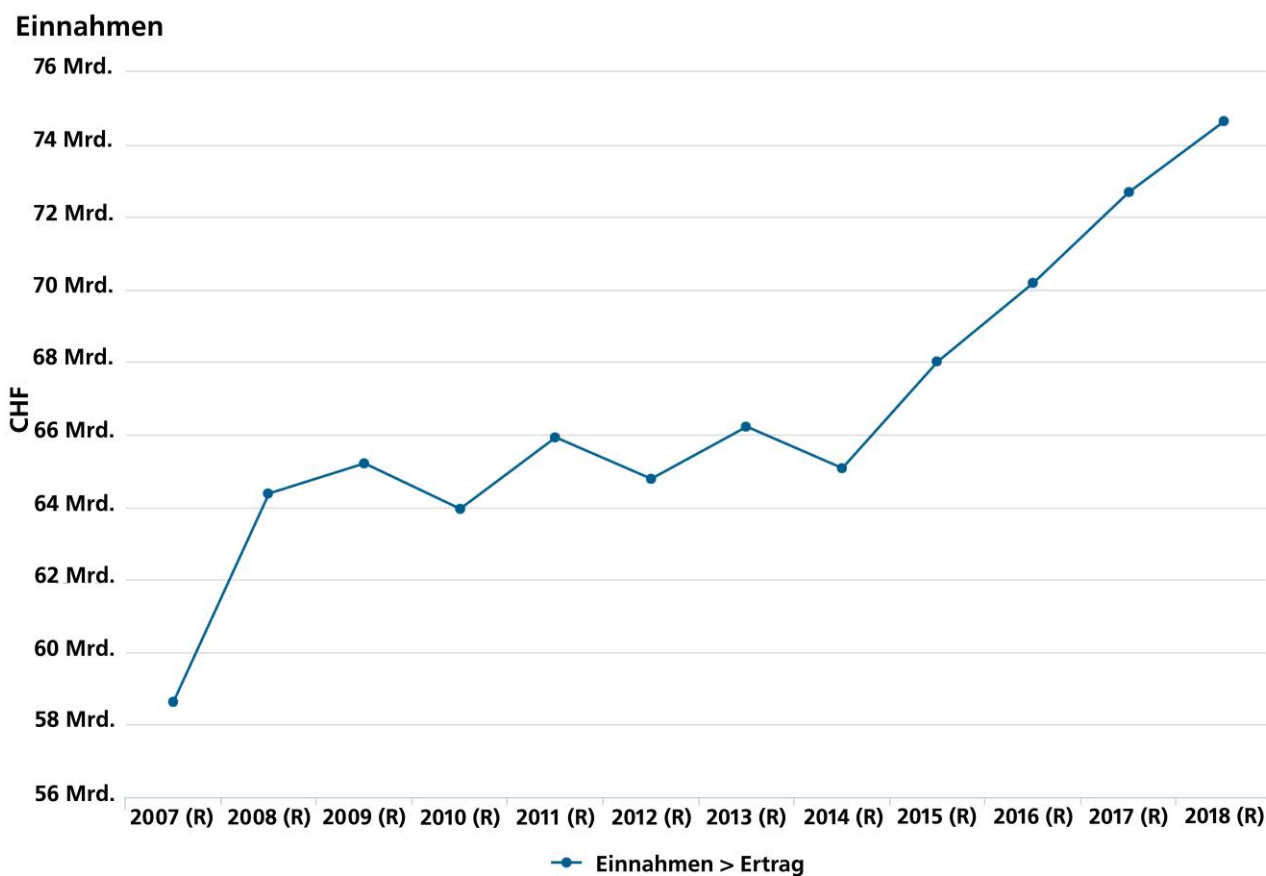
Wer meint, die Schweiz brauche noch eine nationale Erbschaftssteuer, soll SP und Grüne wählen.

³⁸ Steuerpolitisches Konzept der SP-Fraktion, S.29

1.14 Immer höhere Staatseinnahmen = immer höhere Steuern, Abgaben und Gebühren für die Bürgerinnen und Bürger

Nicht nur die Staatsausgaben steigen immer mehr an, sondern auch die Einnahmen. Von 51,7 Milliarden (2000) auf 73.9 Milliarden (2018). Das sind 22,2 Milliarden mehr, die der Wirtschaft und den Bürgern im Portemonnaie fehlen. Bis 2022 sollen die Einnahmen erneut um fast 5 Milliarden auf knapp 80 Milliarden Franken steigen. Das heisst: **Die Belastung mit Steuern, Abgaben und Gebühren wird stetig grösser.** Aber den Linksgrünen reichen diese Milliarden nicht. Um an noch mehr Geld der Steuerzahler zu kommen, wollen sie deshalb die Schuldenbremse aushebeln³⁹, die der linken Verschwendungspolitik erfolgreich einen Riegel geschoben hat.

Starkes Wachstum der Einnahmen beim Bund: 2007-2018:



Wir sind zu einer Art Halbsklaven geworden. Wir schuften über ein halbes Jahr nur für den Staat, für alle die Zwangsabgaben⁴⁰, die wir zu entrichten haben. Gemäss internationaler Berechnungsmethode liegt der Tax Freedom Day in der Schweiz am 10. Juli⁴¹. Mit anderen Worten: Die ersten sechs Monate arbeiten die Menschen in der Schweiz nicht für ihr eigenes Portemonnaie. Wenn es nach den Linksgrünen geht, würden wir noch viel länger für Steuern, Abgaben und Gebühren schuften.

Die Steuereinnahmen wachsen schneller als die Volkswirtschaft (BIP). Was heisst das? Der Staat wird immer gefrässiger und mächtiger. Das schadet den Unternehmen und gefährdet die Arbeitsplätze in der Schweiz. Vor allem aber haben die Haushalte so faktisch immer weniger zur Verfügung: Weil die Löhne weniger schnell

³⁹ «Weg mit der Schuldenbremse», SP-Pressemitteilung vom 24.11.2016

⁴⁰ Direkte und indirekte Steuern, Abgaben, Gebühren und obligatorische Sozialversicherungsbeiträge

⁴¹ Berechnung von Avenir Suisse, 2015

wachsen und weil auf der anderen Seite das Leben teurer wird (zum Beispiel Gesundheit oder Wohnen). Trotz des starken Wachstums der steigenden Steuereinnahmen wollen die Linksrünen noch mehr Geld von den Steuerzahlern und den Unternehmen.



(Quelle: Finanz und Wirtschaft, 13.01.2017)

Wer meint, dass der Staat zu wenig Steuern und andere Abgaben einnimmt, soll SP und Grüne wählen.

Abschaffung des Steuerwettbewerbs heisst: Noch höhere Steuern für alle!

Das Steuerparadies der Linksrünen sieht so aus: «Grundsätzlich versteuert jeder Steuerpflichtige sein gesamtes Einkommen, die Abzüge sind auf das Minimum zu beschränken.»⁴² Die Politik der SP und Grünen zielt darauf ab, an möglichst viel fremdes Geld kommen und **möglichst viel fremdes Geld auszugeben**: Das hart erarbeitete Geld der Schweizerinnen und Schweizer.

Das Steuerparadies der Linksrünen ist die Steuerhölle für alle. Darum wollen sie den kantonalen Steuerwettbewerb abschaffen und die Steuern «harmonisieren»⁴³. Das heisst am Ende: Höhere Steuern für alle!

Natürlich: Wettbewerb ist anstrengend. Man muss besser sein als die anderen. Die Kantone sind gezwungen, ihre Ausgaben zu hinterfragen. **Wettbewerb sorgt dafür, dass sich auch der Staat anstrengt** und seine Dienstleistungen möglichst effizient erbringt. Darin liegt der Hauptgrund, warum in der Schweiz die Steuerbelastung im

⁴² «Grundsatzpapier Steuergerechtigkeit», S.11

⁴³ «Grundsatzpapier Steuergerechtigkeit», S.6

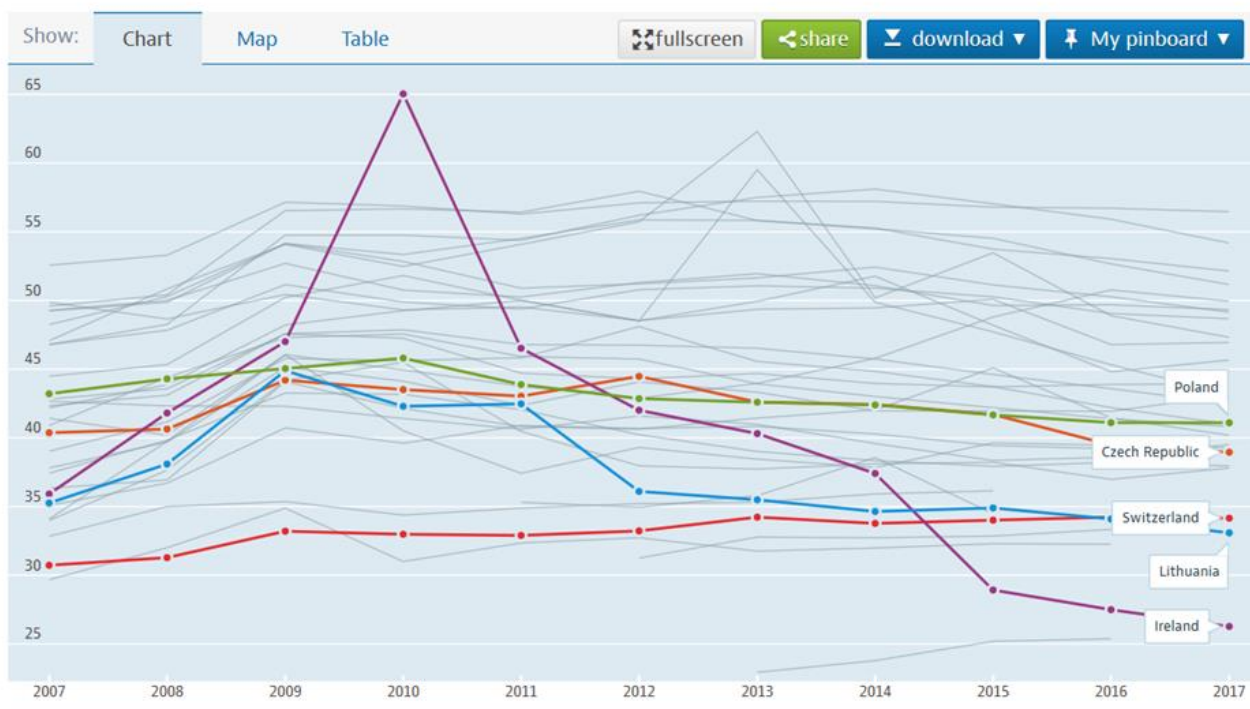
«Schluss mit dem schädlichen Steuerwettbewerb», Medienmitteilung der Grünen Schweiz, 13.1.2018

Vergleich zu anderen Ländern tiefer ist – und die staatlichen Leistungen trotzdem oft besser sind als in vergleichbaren anderen Ländern.

Verglichen mit anderen Staaten hat die Schweiz nach wie vor mit 34.15% (2017) eine tiefe Staatsquote. Jedoch haben andere vergleichbare Länder wie Irland zwischen 2007 und 2017 erfolgreiche Anstrengungen unternommen, um die Staatsquote zu senken. Die Schweiz ist dank der linksgrünen Politik bei der Gruppe von Ländern, welche die Staatsquote Jahr für Jahr (30.73% in 2007 auf 34.15% in 2017) ausbaut.

General government spending Total, % of GDP, 2007 – 2017

Source: OECD National Accounts Statistics: National Accounts at a Glance



Steuerwettbewerb heisst aber auch, dass in der Schweiz die Bürgerinnen und Bürger die **Höhe der Steuern demokratisch bestimmen** dürfen. Die Linksgrünen wollen also nicht nur den positiven Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen verhindern. Sie wollen auch noch die Schweizer Stimmbevölkerung in Steuerfragen entmündigen. Es ist klar, warum: Die SP und die Grünen wollen **ungestört neue Steuern einführen** und bestehende Steuern erhöhen.

Die SP will noch weiter gehen: Sie will nicht nur innerhalb der Kantone den Steuerwettbewerb abschaffen. **Die Schweiz soll ihre Steuern der EU und der OECD anpassen.** Anpassen an die EU heisst: Höhere Steuern für die Schweizer Steuerzahler und für die Schweizer Wirtschaft. Folge: Unser Land würde einen wichtigen Standortvorteil verlieren. Es drohen Arbeitslosigkeit und Wohlstandsverlust.

Wer meint, mit einer Abschaffung des Steuerwettbewerbs würde die Steuerbelastung geringer und die staatlichen Leistungen besser, soll SP und Grüne wählen.

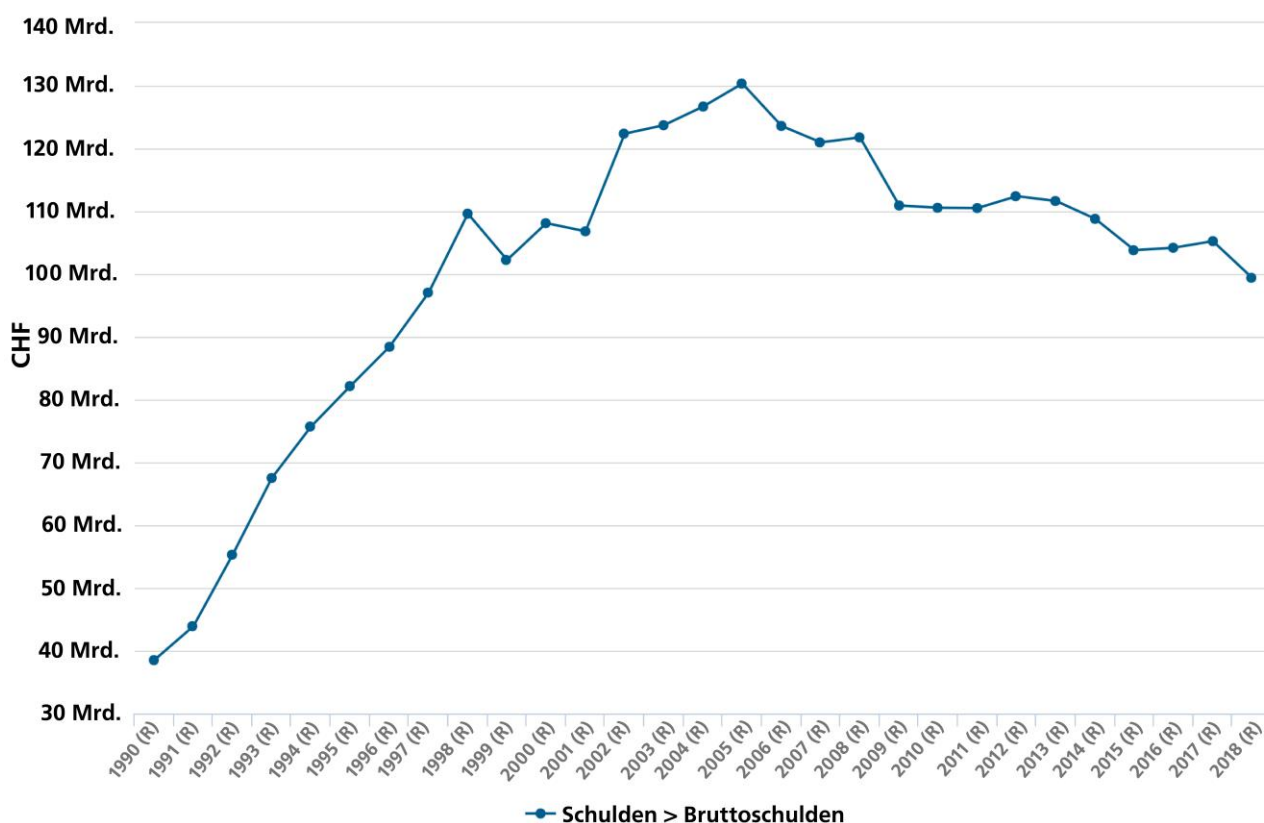
Wer will, dass die Schweiz ihre Steuern mit der EU «harmonisiert» (gleichstellt), soll Linksgrün wählen.

1.15 SP und Grüne wollen zurück zur Schuldenpolitik: Angriff auf die erfolgreiche. Schuldenbremse

Per Volksabstimmung wurde 2001 die **Schuldenbremse eingeführt**: mit 85 Prozent Zustimmung! Der Bund darf nicht mehr ausgeben, als er von den Steuerzahlern bekommt. Damit wurde der Schuldenpolitik der 1990er Jahre der Riegel geschoben: Von 1990 bis zur Einführung der Schuldenbremse 2003 wuchsen die Schulden des Bundes von 38,5 auf 123,7 Milliarden Franken an. **Ab 2006 konnten die Schulden des Schweizer Staates abgebaut werden: auf 99,4 Milliarden Franken im Jahr 2018.** Eine Erfolgsgeschichte!

Dank der Schuldenbremse konnte die Schweiz wieder Schulden abbauen

Zahlen im Überblick



Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

- Aber wer hat die Einführung der Schuldenbremse 2001 bekämpft? Die SP und die Grünen.
- Wer war gegen die vernünftige Forderung, dass der Staatshaushalt im Gleichgewicht sein soll? Die SP und die Grünen.
- **Wer will die Schuldenbremse wieder aufweichen und letztlich abschaffen?** SP und Grüne. Schon in der Wintersession 2016⁴⁴ stimmen SP, Grüne und Grünliberale geschlossen dafür, die Schuldenbremse wieder aufzuweichen.

SP-Nationalrätin Mattea Meyer (ZH) im Februar 2019: «Die Schuldenbremse muss darum endlich angepasst und gelockert werden.»⁴⁵ Was das heisst, ist klar: **Wenn die Bremse einmal «gelockert» wird, kehrt die Schuldenpolitik der 1990er Jahre zurück.** Auf Kosten der Steuerzahler und der kommenden Generationen.

⁴⁴ 28.11.2016

⁴⁵ SP-Mediencommuniqué 13.02.2019

Wer meint, die Schweiz soll die Schuldenbremse wieder abschaffen, der soll SP und Grüne wählen.

1.16 Wie die Linken und Grünen die Schweiz kaputtsteuern wollen

Die Kampfansage der SP ist klar. Sie will einen **Generalangriff auf die Einkommen und Vermögen der Schweizer Bevölkerung**: «Es braucht eine Besteuerung aller Einkommen und Gewinne über dem Existenzminimum, inklusive privater Kapitalgewinne und Erbschaften sowie genügend Ressourcen für die Steuerbehörden.»⁴⁶

Den Linksrünen reicht nicht, was der Staat heute schon einnimmt an Steuern, Abgaben und Gebühren. Die SP und die Grünen haben **unzählige Ideen**, wie sie an noch mehr Geld der Bürger und Unternehmen kommen. Das zeigten die vorangegangenen Kapitel und Beispiele:

- Generell höhere Bundes-, Kantons- und Gemeindesteuern
- Höhere Benzinpreise: plus 20 Rappen pro Liter = **rund 450 Franken** im Jahr (für einen Familien- und Pendlerhaushalt)
- Strassenmaut: **plus 1'000 Franken** für 10'000km Autofahren
- CO2-Strafe für Heizöl: **bis zu 2'184 Franken** im Jahr (Beispiel-Haushalt)
- Solarstrom: **plus 2'616 Franken** im Jahr (Beispiel-Haushalt)
- «Dreckstromabgabe» für Atomstrom: **plus 495 Franken** (bei durchschnittlichem Stromverbrauch)
- Keine Steuerabzüge mehr für Kinder, Pendlerkosten, Bausparen, Spenden, Altersvorsorge, ökologische Sanierungen: mehrere Tausend Franken höhere Steuerrechnung
- Verdoppelung der Mehrwertsteuer auf **5'250 Franken pro Kopf** (EU-Mindestsatz von 15%)
- Heiratsstrafe: Benachteiligung verheirateter Paare von **1'260 Franken** (Beispiel-Paar)
- Verdoppelung der Flugpreise
- Verbot von Benzinautos und Ölheizungen: teurere Elektro-Autos, **höhere Mietkosten**
- Nationale Erbschafts- und Schenkungssteuer
- Abschaffung des kantonalen Steuerwettbewerbs, Angleichung an EU-Steuerniveau: **Noch höhere Steuern für alle**

⁴⁶ «Grundsatzpapier Steuergerechtigkeit», S.16

Dazu kommen weitere radikale Steuerpläne der Linksrünen:



Juso-Chefin Tamara Funciello fordert neue Kapitalsteuer

Die Jungsozialisten (Juso) haben gerade ihre **99%-Initiative** eingereicht. Sie wollen, dass Kapitaleinkommen wie Dividenden, Mieteinnahmen oder Zinsen ab einer Höhe von 100'000 Franken zu 150 Prozent versteuert werden. Das heisst: 100 Franken Kapitaleinkommen würden wie 150 Franken besteuert. Die Juso schätzen, dass bei einem Ja zur Initiative jährlich **gegen 10 Milliarden Franken** zusätzlich in die Staatskasse flössen. Die SP-Schweiz unterstützt die Initiative⁴⁷. Dem Initiativkomitee gehören nationale Parlamentarier der SP und der Grünen an.

Weiter will die SP eine «umfassende **Finanztransaktionssteuer**»⁴⁸ und eine **Kapitalgewinnsteuer**⁴⁹ einführen. Dann fordert sie eine **Vermögensbesteuerung** «Depotabgabe» auf alle in der Schweiz liegenden Vermögen⁵⁰. Die SP spricht von 0,1 Prozent⁵¹, was jährlich allein rund 7,3 Milliarden Franken zusätzliche Steuereinnahmen ergäbe. Dann möchten die Linken eine **Quellensteuer** auf alle Einkommen⁵² einführen. Was nichts anderes heisst, als dass die Steuerbehörden direkten Zugriff auf das Einkommen der Schweizer Steuerzahler bekommen: Sie können dann gleich direkt die Steuern vom Lohn abziehen. **Entmündigen und dann ausplündern: So sieht für die Linksrünen die Wunschbeziehung zwischen Staat und Steuerzahler aus.**

Die Gier der SP und der Grünen nach Steuergeld ist unersättlich. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher sagte: «Das Problem am Sozialismus ist, dass dir irgendwann das Geld anderer Menschen ausgeht.» Gutschweizerisch gesagt: **Die Linksrünen wollen die Milchkuh zu Tode melken.** Ihre Politik zerstört die freiheitlichen Grundlagen unseres Landes und damit den Wohlstand von uns allen.

Wer SP und Grüne wählt, zerstört das Erfolgsmodell Schweiz.

⁴⁷ Die Delegiertenversammlung der SP Schweiz unterstützt die 99%-Initiative der Juso, 14.10.2017

⁴⁸ Parteiprogramm der SP Schweiz, S.43

⁴⁹ Steuerpolitisches Konzept der SP-Fraktion, S.23

⁵⁰ Gemäss Schweizerischer Bankiervereinigung werden in der Schweiz 7291,8 Milliarden Franken Vermögen verwaltet, 19.2.2019

⁵¹ Steuerkonzept der SP-Fraktion, S.33

⁵² In ihrem «Grundsatzpapier Steuergerechtigkeit» fordert die SP: «Die Einführung einer Quellensteuer auf alle Einkommen, damit Steuerverluste und Mahn- und Betreuungsbemühungen der Steuerverwaltungen massiv reduziert werden können.» S.11

2. Wofür die Linksrünen Ihr Geld wollen

2.1 Linke und Grüne unterstützen ein «bedingungsloses Grundeinkommen»: 2'500 Franken im Monat fürs Nichtstun!

Wenn Sie sich fragen, was die Linksrünen mit den Milliarden an Steuergeldern anfangen wollen, hier haben Sie die Antwort: **Jeder in der Schweiz lebende Erwachsene soll im Monat 2'500 Franken bekommen.** Einfach so. Fürs Nichtstun. Genau das wollten linke Kreise 2016 mit ihrer Volksinitiative für ein «bedingungsloses Grundeinkommen». Wenn sich **zwei Faulpelze** zusammentun, dann hätten sie schon 5'000 Franken im Monat zur Verfügung. Das ist mehr, als mancher Angestellter für seine ehrliche Arbeit bekommt.



Dieses «bedingungslose Grundeinkommen» wäre für jeden Erwachsenen in der Schweiz. Also auch für **jeden abgewiesenen Asylbewerber**, für **jeden Kriminellen**, für **jeden Zugewanderten ohne Arbeit**. Die Umsetzung dieser Initiative würde netto 153 Milliarden Franken im Jahr kosten!⁵³

Die SP tut immer noch so, als ob sie die Schweizer Arbeiternehmerinnen und Arbeiternehmer vertreten würde. Aber was muss ein Angestellter denken, wenn sein Nachbar fürs Nichtstun 2500 Franken im Monat kassiert? Das ist eine **Beleidigung für jeden in diesem Land, der hart arbeitet.**

Und wer bezahlt diese 153 Milliarden Franken? Genau... alle diejenigen, die arbeiten und Steuern zahlen. Jeder Erwerbstätige in der Schweiz müsste mehr als 30'000 Franken Steuern zahlen, um diesen **153-Milliarden-Unsinn** zu finanzieren!

⁵³ Economiesuisse: Bedingungsloses Grundeinkommen: eine asoziale Utopie. 12.06.2016

Wie stimmten die linksgrünen Parteien im Parlament? Nur 15 von 43 SP-Nationalräten lehnten die Initiative ab. Eine **Mehrheit der Grünen-Fraktion stimmte der Initiative zu.**

Aus der Nationalratsdebatte⁵⁴ in der Herbstsession 2015:

- Nationalrätin Silvia Schenker (SP/Basel-Stadt) spricht für das bedingungslose Grundeinkommen: «Ein Land mit unserem wirtschaftlichen Standard und Standing muss zwingend bereit sein, den in ihm lebenden Menschen einen **minimalen ökonomischen Grundstock** zu ermöglichen.»
- Nationalrätin Ursula Schneider-Schüttel (SP/Freiburg) stimmte ebenfalls zu: «**Die Initiative ist faszinierend** [...] Ein bedingungsloses Grundeinkommen ermöglicht es jedem Menschen, freier zu entscheiden, was er mit dem eigenen Leben anfangen will.»
- Nationalrat Balthasar Glättli (Grüne/Zürich) schwadronierte: «Diese Initiative macht etwas, was in der Politik selten ist. Man sagt immer, Politik sei die Kunst des Möglichen. Ich glaube, um zu leben, muss Politik nicht nur die Kunst des Möglichen sein, sondern auch die Kunst, **das Udenkbare denkbar und das Denkbare dann möglich zu machen.**»

Wer meint, jeder in der Schweiz soll ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten, also «Lohn» fürs Nichtstun, soll SP und Grüne wählen.

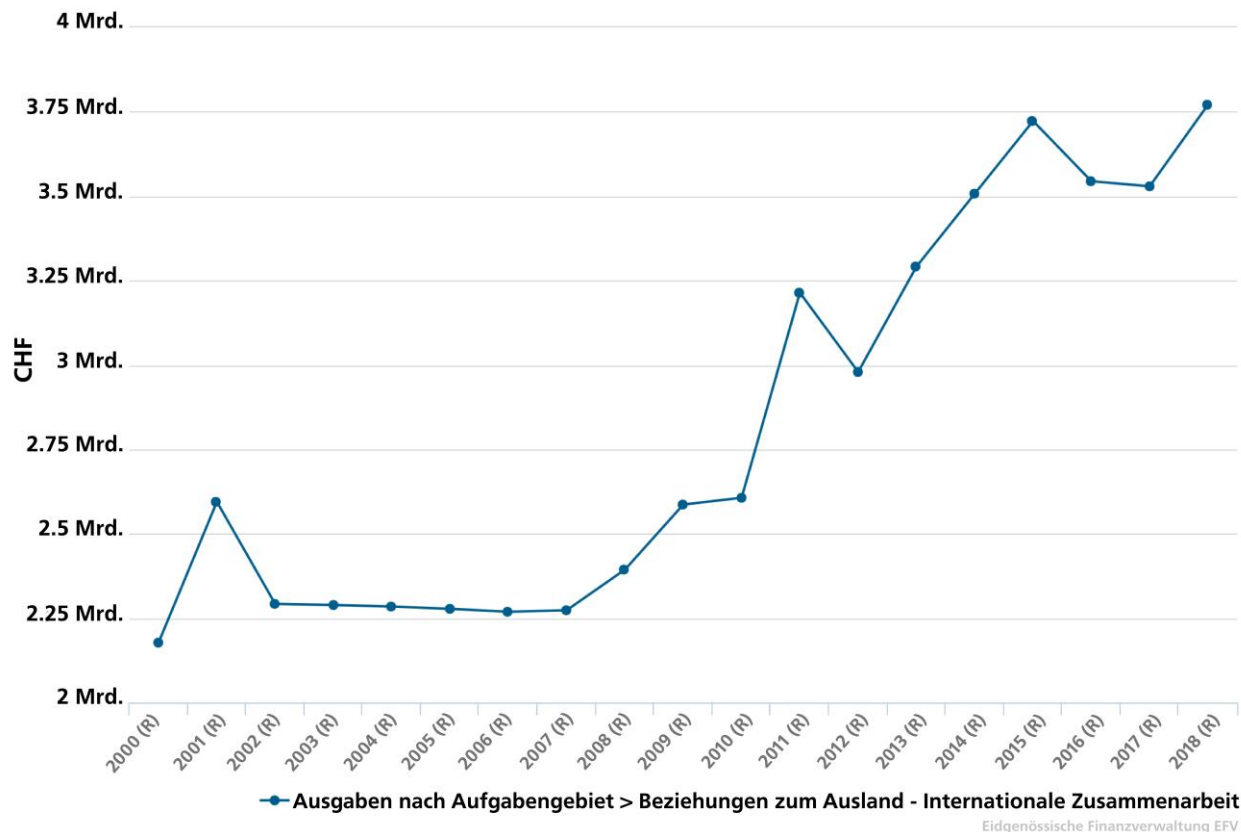
⁵⁴ Debatte im Nationalrat vom 23.09.2015

2.2 Immer mehr Geld ins Ausland: 4 Milliarden Franken Schweizer Steuergelder für die Entwicklungshilfe!

Die Ausgaben für Entwicklungshilfe sind in den letzten Jahren massiv gestiegen: von 2,17 Milliarden Franken im Jahr 2000 auf 3,77 Milliarden Franken (Rechnung 2018)! Man spricht jetzt politisch korrekt von «internationaler Zusammenarbeit» statt von Entwicklungshilfe. Wie auch immer: Die Schweiz zahlt Milliarden und ausländische Staaten bekommen die Milliarden.

Anstieg der Ausgaben für die Entwicklungshilfe

Ausgaben nach Aufgabengebiet



Der Nutzen der Entwicklungshilfe ist fragwürdig. Die Hilfsgelder halten unfähige Regimes an der Macht. **Millionen versickern in korrupten Verhältnissen.** Die Entwicklungshilfe hilft mit, dass Wirtschaftsflüchtlinge überhaupt die finanziellen Möglichkeiten erhalten, illegal nach Europa zu kommen.

Die Linken und Grünen wollen noch mehr Schweizer Steuergelder ins Ausland schicken. Ohne Gegenleistung: **SP, Grüne und Grünliberale sind gegen Migrationsabkommen mit afrikanischen Staaten.** Die drei Parteien lehnten geschlossen einen Vorstoss ab, der Marokko, Tunesien und Algerien verpflichten wollte, ihre kriminellen Mitbürger, abgelehnten Asylbewerber und illegal Eingereisten wieder zurückzunehmen⁵⁵.

In ihrem «Hintergrundpapier der Fachkommission Aussenpolitik»⁵⁶ fordert die SP einen Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttonationalprodukt (BNE) von «mindestens 0,7 Prozent»). Aktuell beträgt diese Quote 0.46%.⁵⁷ Die Schweiz erwirtschaftet ein BNE von 676,3 Milliarden⁵⁸ Franken. **Die SP will daher, dass der Staat mindestens**

⁵⁵ Motion 16.3109 im Nationalrat, 15.03.2018

⁵⁶ «Hintergrundpapier der Fachkommission Aussenpolitik» der SP Schweiz vom 7.9.2015

⁵⁷ Gemäss dem [EDA](#), Stand 10.04.2019.

⁵⁸ Im Jahr 2017, gemäss Bundesamt für Statistik

4'734 Millionen Franken für die Entwicklungshilfe ausgibt. Das macht pro Einwohner 563 Franken im Jahr! Typisch links: Man spendet am liebsten das Geld der Anderen.

Wer der Meinung ist, die Schweiz müsse noch mehr Milliarden ins Ausland zahlen, soll SP und Grüne wählen.

2.3 Wer arbeitet, ist der Dumme: 90 Prozent der Flüchtlinge beziehen Sozialhilfe!

Wer unverschuldet in eine Notlage kommt, soll staatliche Unterstützung bekommen. Doch die Sozialhilfe ist schon längst keine Überbrückungshilfe mehr. Für bestimmte Bevölkerungsgruppen (vor allem für Personen aus dem Asylbereich und für unter 25-Jährige) ist die **Sozialhilfe zum «Einkommen» fürs Nichtstun geworden.** Die linke Sozialindustrie profitiert von diesem System.

Im Jahr 2017 bezogen 50'714 Personen aus dem Asylbereich Sozialhilfe. Die **Sozialhilfequote der Personen aus dem Asylbereich liegt bei 90,4%!**⁵⁹ Die Schweiz gibt nur schon auf Bundesebene rund 1,5 Milliarden Franken fürs Asylwesen aus. Dazu kommen die Kosten in den Kantonen und Gemeinden.

Über 85 Prozent der Eritreer mit Flüchtlingsstatus, die also arbeiten könnten, beziehen Sozialhilfe. Sie alle **erhalten gleich viel Sozialleistungen wie ein über 50-jähriger Schweizer**, der seine Arbeit verloren hat und immer schön brav in die Sozialversicherung eingezahlt hat.

Wie nachfolgende Tabelle zeigt, bekommt ein Vier-Personen-Haushalt über 5'000 Franken im Monat. Steuerfrei! Ein **Sorglos-Paket für Asylmigranten und Faulenzer**. Viele Angestellte in der Schweiz müssen mit weniger auskommen. Ein vorläufig aufgenommener Asylsuchender, der nicht in sein Heimatland zurückgeschafft werden kann, bekommt im Monat mehr als eine AHV-Rentnerin (maximale AHV-Einzelrente 2'370 Franken), die ihr Leben lang gearbeitet hat! [Besser: «[...] mehr Sozialhilfe als eine Rentnerin mit höchstem AHV-Bezug, die ein Leben lang gearbeitet hat,]

⁵⁹ [BfS, 18.12.2018](#).

Bedarf	1 Person	1 Person + 1 Kind	2 Personen ohne Kind	2 Personen + 1 Kind	2 Personen + 2 Kinder	2 Personen + 3 Kinder	2 Personen + 4 Kinder
Grundbedarf	986 Fr.	1509 Fr.	1509 Fr.	1834 Fr.	2110 Fr.	2386 Fr.	2662 Fr.
Miete ink. Nebenkosten ¹	1100 Fr.	1300 Fr.	1300 Fr.	1500 Fr.	1600 Fr.	1700 Fr.	1780 Fr.
KVG Erwachsene	394 Fr.	394 Fr.	786 Fr.	786 Fr.	786 Fr.	788 Fr.	788 Fr.
AHV/IV	45 Fr.	45 Fr.	45 Fr.	45 Fr.	45 Fr.	45 Fr.	45 Fr.
KVG 1 Kind	-	85 Fr.	- Fr.	85 Fr.	85 Fr.	85 Fr.	85 Fr.
KVG 2 Kinder	-	- Fr.	- Fr.	- Fr.	85 Fr.	85 Fr.	85 Fr.
KVG 3 Kinder	-	- Fr.	- Fr.	- Fr.	- Fr.	85 Fr.	85 Fr.
KVG 4 Kinder	-	- Fr.	- Fr.	- Fr.	- Fr.	- Fr.	85 Fr.
situationsbedingte Leistungen ²	100 Fr.	200 Fr.	100 Fr.	100 Fr.	300 Fr.	300 Fr.	400 Fr.
Monatliche Bezüge	2625 Fr.	3533 Fr.	3740 Fr.	4350 Fr.	5011 Fr.	5524 Fr.	6015 Fr.

¹ Maximalhörsatz ² Durchschnittswert

«**Grundbedarf**» meint Bargeld zur freien Verfügung. Neben Lebensmitteln oder Kleider sind das auch Alkohol, Zigaretten, Auto usw.

«**KVG**»: Die Gemeinde muss für die Krankenkassenprämien aufkommen.

Mit «**situationsbedingten Leistungen**» sind folgende Leistungen gemeint, die von der Gemeinde zu 100 Prozent übernommen werden müssen: Zahnarzt, Dentalhygiene, Krippenkosten, Baby-Artikel, Möbel, Musikstunden und Musikinstrumente, Schulutensilien, Versicherungen, Anwaltskosten, Gebühren für amtliche Papiere, ÖV-Abos, Brillen, Umzugskosten, Einrichtungsgegenstände, Haushalt- und Haftpflichtversicherung, Franchisen der Schadenversicherung, Kosten der Aufenthaltsbewilligung, Reisekosten für Wahrnehmung des Besuchsrechts, etc.

Diese üppigen Ansätze werden von der **Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe Skos** festgelegt. Geführt wurde die Skos in den letzten Jahren von der ehemaligen grünen Nationalrätin Therese Frösch und Felix Wolffers (SP) (ACHTUNG: noch bis Ende Mai, am 23. Wählt die Mitgliederversammlung: [Christoph Eymann](#) (LdP, respekt. FDP-NR) ist vorgeschlagen. Ebenso [Elisabeth Baume-Schneider](#) (SP). Darum steht ausdrücklich «in den letzten Jahren») **Linksgrüner Sozialfilz**. Beide Skos-Präsidenten haben sich gegen jede Kürzung für unter 25jährige oder junge Asylmigranten gewehrt⁶⁰.

⁶⁰ NZZ, 21.08.2018 NZZ-Archiv Suche nach «Eymann» und «Baume-Schneider» bringt kein Resultat.



(Quelle: Blick, 11.07.2018)

Ein Familienhaushalt in der Schweiz muss deutlich mehr als 6'000 Franken im Monat verdienen, um besser dazustehen als ein vergleichbarer Flüchtlingshaushalt. Das sind völlig falsche Anreize. Der Dumme ist, wer arbeiten geht und Steuern bezahlt.

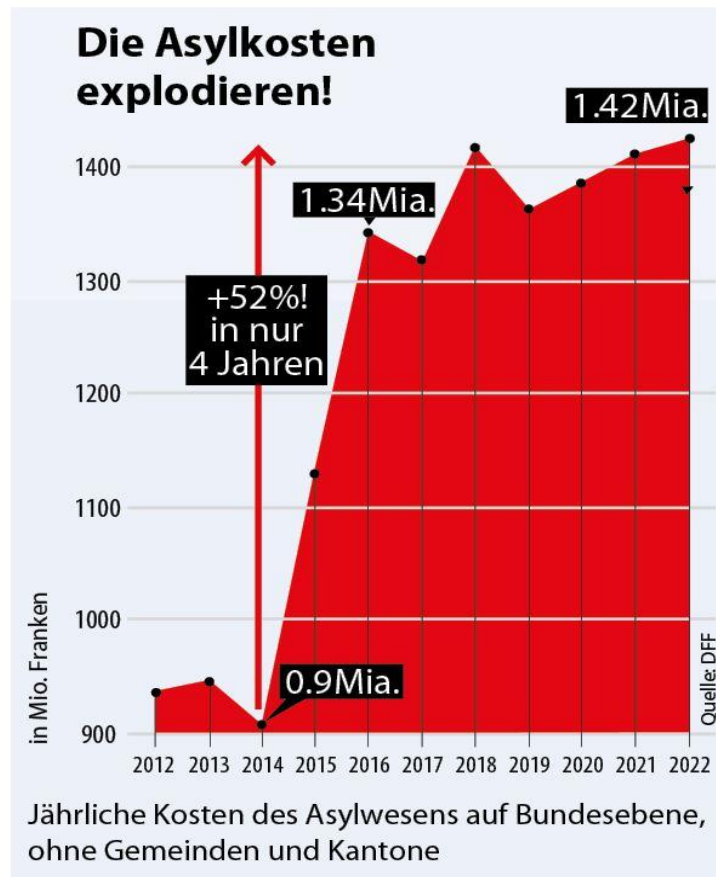
Wer findet, ein junger Asylmigrant soll im Monat mehr bekommen als ein AHV-Rentner, soll SP und Grüne wählen.

Wer der Meinung ist, dass arbeiten sich weniger lohnen soll, als Sozialhilfe zu beziehen, soll SP und Grüne wählen.

2.4 Markant ansteigende Asylkosten: Pro Jahr rund 1,4 Milliarden Franken nur auf Bundesebene

Die Schweiz hat eine humanitäre Tradition und nimmt Menschen auf, die an Leib und Leben gefährdet und verfolgt sind. Seitdem jedoch nicht mehr klar abgegrenzt wird zwischen Asyl- und Migrationspolitik, müssen die Schweizer Steuerzahler für tausende von Wirtschaftsflüchtlings aufkommen. Im Jahr 2017 bezogen 51'216 Personen aus dem Asylbereich Sozialhilfe. Die **Sozialhilfequote der Personen aus dem Asylbereich liegt bei 90,4%!**⁶¹

⁶¹ [BfS, 18.12.2018](#)



Der Zürcher Nationalrat und heutige Fraktionschef der Grünen Balthasar Glättli forderte in der letzten grossen Revision des Asylgesetzes⁶²:

- Möglichst **schneller Familiennachzug** für Flüchtlinge
- **Sozialhilfe für alle Personen im Asylverfahren.** Diese Asylsuchenden (in der Mehrheit Wirtschaftsmigranten) bekommen schon Unterkunft, Verpflegung, Kleider und medizinische Versorgung. Linksgrün will ihnen **zusätzlich ein Taschengeld von mehreren hundert Franken pro Monat** auszahlen.

SP und Grüne stimmten geschlossen dafür (AsylG, Art. 81), dass auch jene Asylbewerber Sozialhilfe bekommen, die **ihre Identität nicht preisgeben**.

SP und Grüne stimmten geschlossen dafür (AsylG, Art. 82), dass **auch abgelehnte Asylbewerber ohne Aufenthaltsrecht** Sozialhilfe bekommen.

SP und Grüne stimmten geschlossen (AsylG, Art. 26) gegen die Internierung von renitenten und kriminellen Asylbewerbern.

SP und Grüne stimmten geschlossen dafür (AsylG, Art. 83), dass auch jene Asylbewerber Sozialhilfe bekommen, die:

- die **öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden**,
- **strafrechtlich** verfolgt oder verurteilt worden sind,
- ihre Mitwirkungspflicht **schuldhaft grob verletzen**.

Mit anderen Worten: **Die Linksgrünen wollen kriminelle und gefährliche Asylbewerber noch mit Sozialhilfe belohnen.**

⁶² Debatte zum Asylgesetz (Geschäft 10.502) vom 13./14.06.2012

Wer findet, dass auch abgelehnte, straffällige und unkooperative Asylbewerber gleich viel Sozialhilfe bekommen wie Schweizer, die jahrelang gearbeitet haben, soll SP und Grüne wählen.

2.5 Rekordhohe Krankenkassen-Prämien: Dank SP-Bundesrätin Ruth Dreifuss und ihrem Krankenversicherungsgesetz

Die SP kritisiert lautstark die hohen Krankenkassenprämien und droht mit einer Initiative. Was die Partei verschweigt: Die Kostenexplosion ist eine Folge des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) ihrer damaligen Bundesrätin Ruth Dreifuss. Sie versprach 1994 in der Sendung „Arena“: **Jeder im Land bekomme eine Gesundheitsversorgung, «die für alle und jeden noch bezahlbar ist»**⁶³. Das war die teuerste Lüge der Schweiz.



Auch im Abstimmungsbüchlein des Bundesrates wurde der Stimmbevölkerung damals eine positive Wende versprochen: **«Entgegen den Behauptungen des Referendatskomitees verschärft das neue Gesetz das Kostenproblem keineswegs. Vielmehr bringt es die erwünschte Kostendämpfung.»**

*Von den Bundesratsparteien lehnt einzig die SVP die Vorlage ab. Nationalrat **Christoph Blocher** warnt, die Giesskanne werde durch eine Badewanne ersetzt. Sein Zürcher Fraktionskollege **Ueli Maurer** verweist auf die 1,7 Milliarden Mehrkosten für die ausgebauten Grundversicherung: «Wir dürfen kein Gesetz machen, das wir nicht bezahlen können.» Die Revision bringe nur eine Umverteilung, die «vom Mittelstand, also von uns», über Prämienhöhung und Steuern gleich doppelt bezahlt würde. (Bund, 1.10.1994)*

Die Vorlage versprach zudem «grössere Solidarität durch das neu eingeführte Obligatorium, Leistungsausbau in der Grundversicherung und die Beibehaltung des Kopfprämien-Modells».

1995: Nach der Abstimmung und nach der Einführung des neuen KVG erfolgt der erste Paukenschlag: «Die Krankenkassenprämien in der Grundversicherung werden 1996 durchschnittlich um **25 bis 30 Prozent teurer.**»⁶⁴

⁶³ Arena vom 25.11.1994

⁶⁴ Bund, 2.12.1995

1996: Im Oktober beruhigt Ruth Dreifuss: «Die Prämien steigen 1997 leider noch einmal deutlich, weil das neue Gesetz erst nach und nach kostendämpfend wirkt [...] Ich rechne damit, **dass der Anstieg ab 1998 und 1999 gebremst wird.**»⁶⁵

1997: Bundesrätin Ruth Dreifuss erhöht die Mindestfranchise von 150 auf 230 Franken. Trotzdem steigen die Prämien **um fast 5 Prozent.**

1998: Ruth Dreifuss verteilt wiederum verbale Beruhigungsspillen: «**Die Kostenentwicklung flacht ab von Jahr zu Jahr**, aber es wird wahrscheinlich auch nächstes Jahr wieder eine beschränkte Anpassung der Prämien geben.»⁶⁶

1999: Seit sie Bundesrätin sei, sagt Dreifuss, sei die Krankenversicherung ihr grösstes Sorgenkind. «Ich kann Ihnen aber sagen, dass sich das Kind zum Guten, nicht zum Schlechten entwickelt. **Unsere Massnahmen zur Kostendämpfung greifen jedes Jahr besser.**»⁶⁷



2000: Auf die Frage, ob das KVG nicht gescheitert sei, erklärt Dreifuss: «Nein. Aber die **Möglichkeiten der Kostendämpfung sind noch nicht ausgeschöpft.**»⁶⁸

2001: Im Sommer findet die traditionelle Pressekonferenz statt mit den neuen Zahlen zum Kostenanstieg im KVG. Erstmals ohne die zuständige Bundesrätin. «**Jahrelang spielte Ruth Dreifuss den Kostendruck im Gesundheitswesen herunter**», schnaubt das Volksorgan Blick. «Jetzt, wo er einfach nicht mehr zu leugnen ist und die Sozialministerin sich öffentlich erklären müsste, geht sie auf Tauchstation.»⁶⁹

Die Krankenkassenprämien steigen 2002 **um 9,7 Prozent.**

2002: Auf Ende Jahr **tritt Ruth Dreifuss aus dem Bundesrat zurück.**

⁶⁵ Tages-Anzeiger, 8.10.1996]

⁶⁶ Blick, 14.7.1998

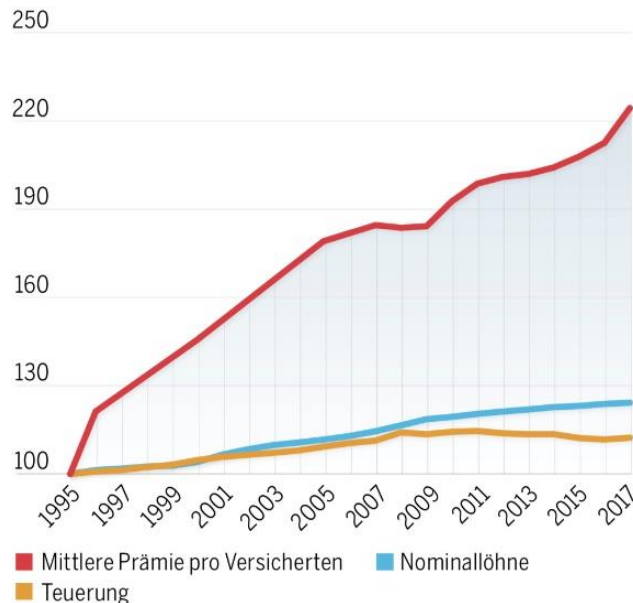
⁶⁷ Blick, 30.6.1999

⁶⁸ Beobachter, 9.1.2000

⁶⁹ Blick, 7.7.2001

Prämienanstieg gegenüber Lohnentwicklung und Teuerung

Index: 1996 = 100



QUELLE: BUNDESAMT FÜR STATISTIK

Verhaltener Lohnanstieg, explodierende Prämien.

Weltwoche Nr. 14.19

Bundesrätin Ruth Dreifuss (SP) versprach den Schweizerinnen und Schweizern, dass mit dem neuen KVG der Anstieg der Gesundheitskosten der allgemeinen Lohn- und Preisentwicklung folgen würde. Die Zahlen (siehe Grafik) zeigen: **Das Ziel wurde kolossal verfehlt.** Zwischen 1996 und 2017 verharrte die Teuerung auf rekordtiefen 11,4 Prozent, die Löhne stiegen lediglich um 24,2 Prozent. Dafür hat sich die Prämienbelastung mit einem Plus von 124,8 Prozent mehr als verdoppelt.

Geradezu verantwortungslos ist die von der SP lancierte «Prämientlastungsinitiative». Diese will in der Bundesverfassung festhalten, dass nur 10 % des Einkommens für Krankenkassenprämien zu belasten seien. Der Bevölkerung wird also nur das Kostenbewusstsein getrübt, indem die Kosten von den Prämien zu den Steuern umverteilt werden.

Wer meint, noch mehr staatliche Eingriffe würden die Krankenkassenprämien verbilligen, soll SP und Grüne wählen.

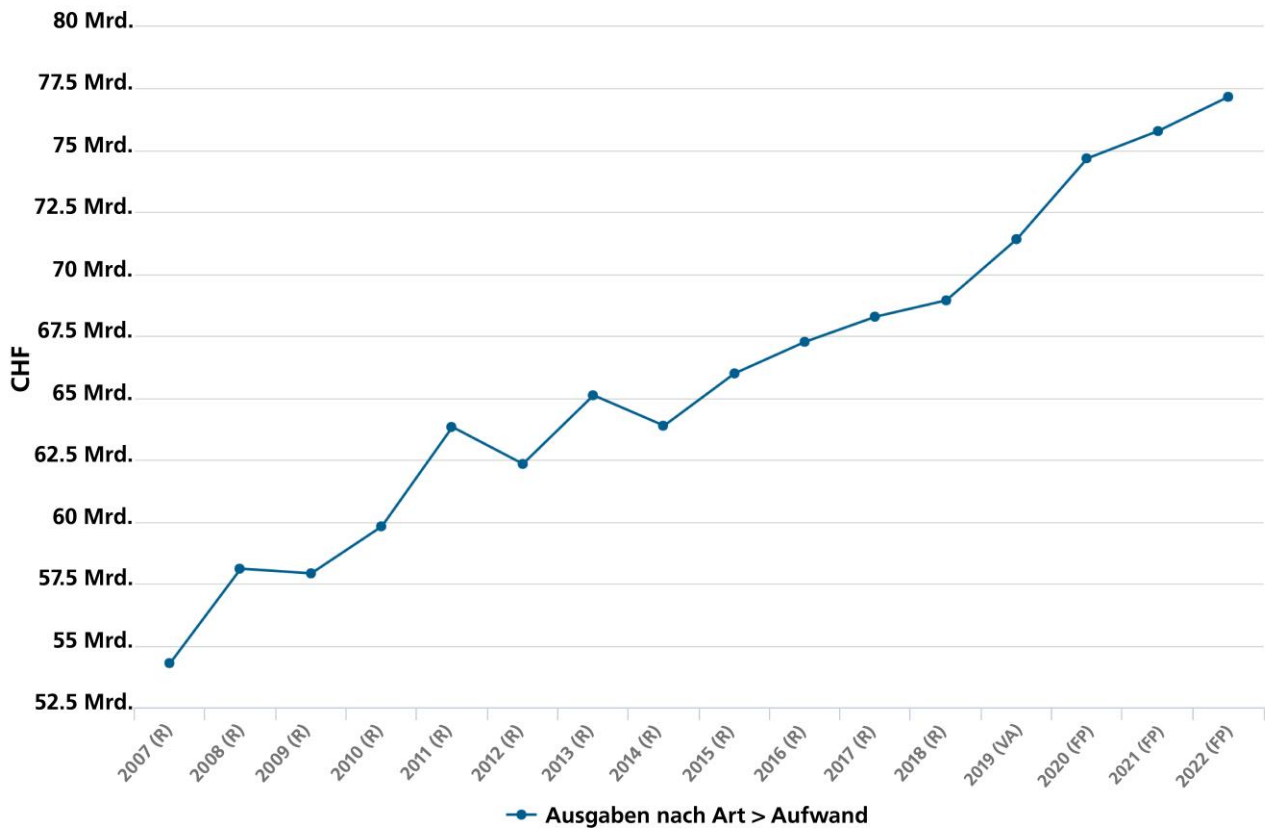
Wer unsolidarisch Leistungen ausbauen und beziehen möchte, aber andere dafür zahlen lassen will, wählt SP.

2.6 Ungebremstes Staatswachstum: Über 70 Milliarden Franken Ausgaben nur beim Bund

Die Ausgaben des Bundes kennen nur eine Richtung: nach oben. Allein seit 2007 wuchsen die Ausgaben von 54,3 auf rund 70 Milliarden Franken. Das ist ein Plus von fast 30 Prozent. Frage: **Haben Sie dreissig Prozent mehr Geld zur Verfügung?** Nein? Dann geht es Ihnen wie den meisten Schweizerinnen und Schweizern. Dennoch wächst und wächst der Staat auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.

Ausgabenwachstum Bund

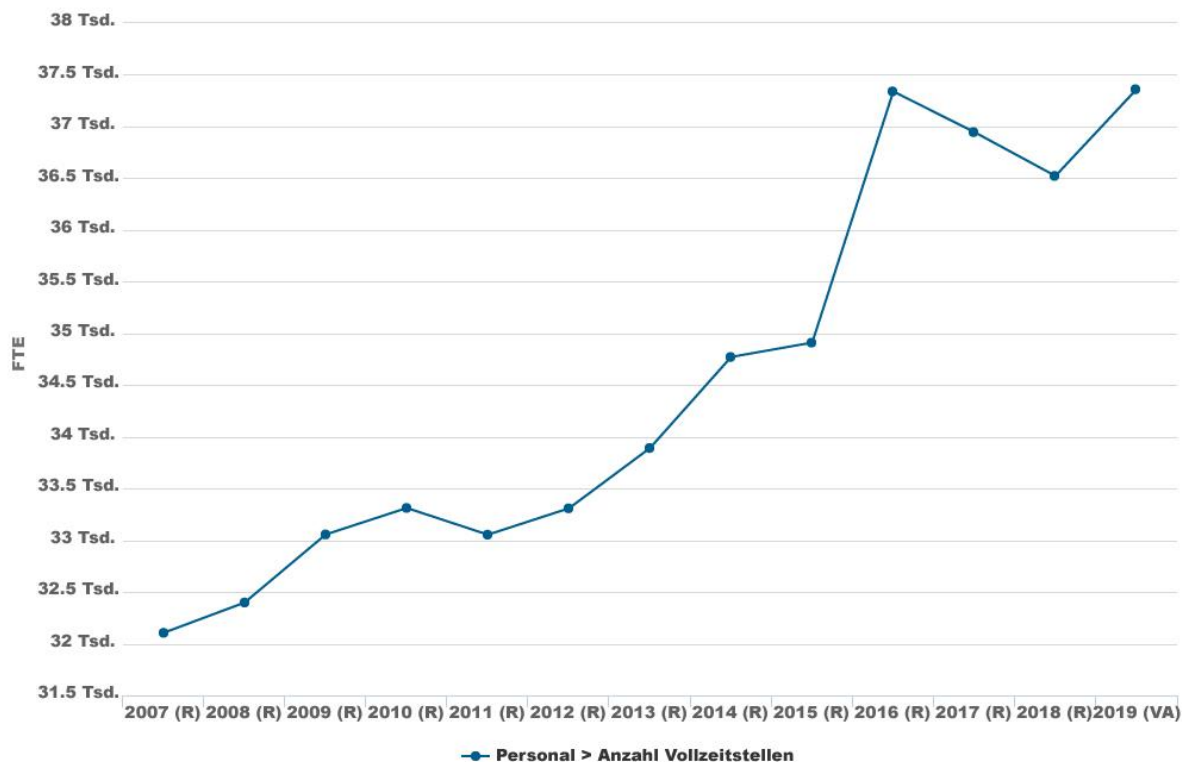
Ausgaben nach Art



Wer meint, der Staat müsse immer mehr Geld einnehmen und ausgeben, soll SP und Grüne wählen.

Starker Ausbau der Bundesverwaltung: über 37'000 Bundesbeamte

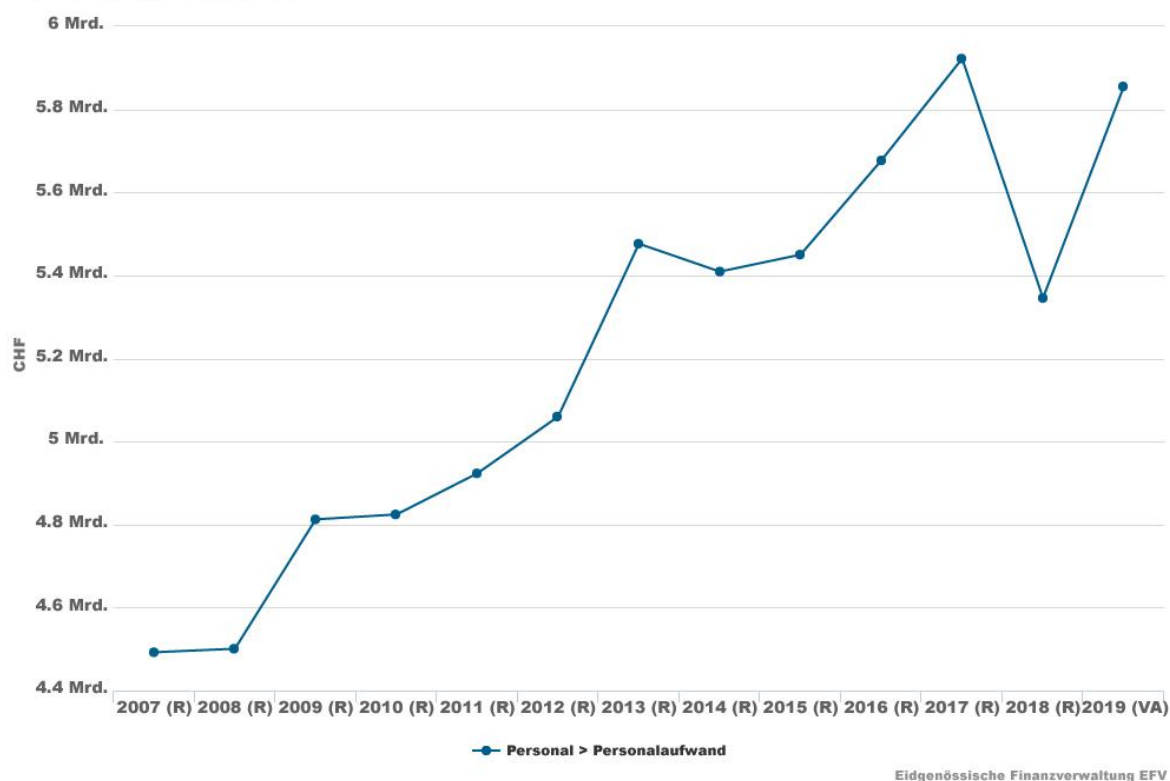
Verwaltungsressourcen



Mit den Ausgaben des Bundes wuchs auch die Zahl der Bundesangestellten: auf mittlerweile 37'360 Beschäftigte (2019). Parallel dazu stiegen auch die Personalkosten: von 4,5 Milliarden (2007) **auf rund 5,9 Milliarden Franken (2019)**.

Anstieg der Kosten für das Bundespersonal

Verwaltungsressourcen



Durchschnittslohn beim Bund von 122'200 Franken!

Im Durchschnitt verdient ein Bundesangestellter 122'200 Franken (2017). Davon können die meisten Schweizer Angestellten nur träumen. **Nicht einmal Bankmitarbeiter verdienen im Schnitt so viel.** Trotzdem behaupten SP-Vertreter, die «Zitrone beim Bundespersonal» werde immer mehr ausgepresst: «Es gibt seit Jahren nicht nur einen Lohnplafond, es gibt auch einen Stellenplafond.»⁷⁰ Was nachweislich unwahr ist: 2008 betrug der Durchschnittslohn beim Bund 109'300 Franken. 2017 sind es 122'200 Franken⁷¹. Auch die Zahl der Bundesstellen wuchs: von 32'105 (2007) auf 36'522 (2018).

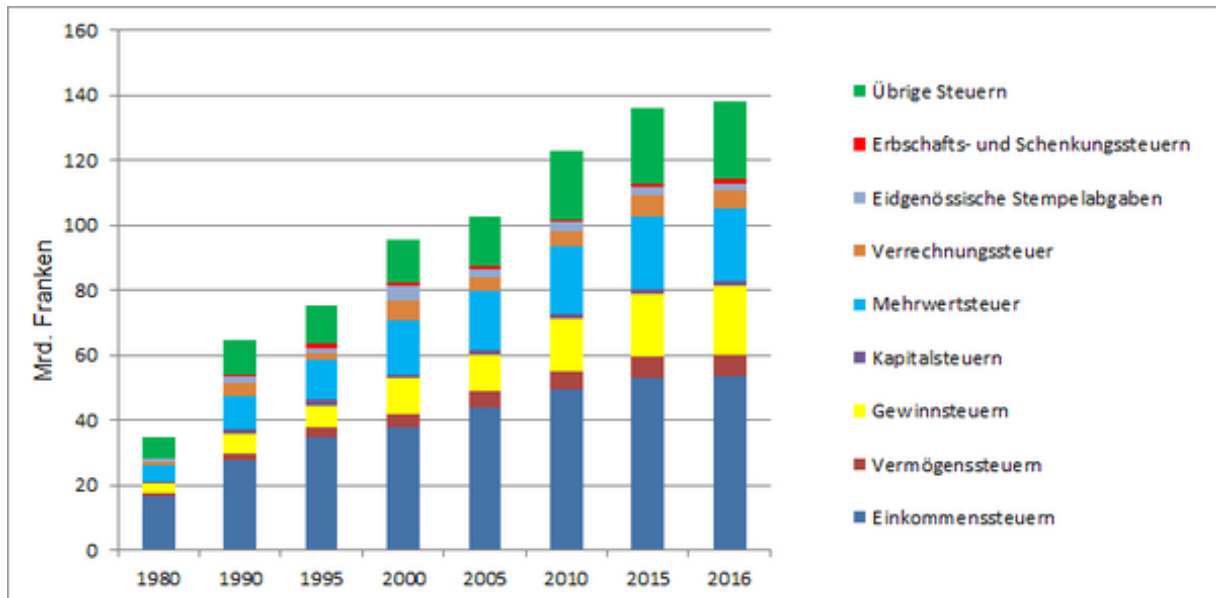
Wer findet, dass Bundesangestellte mit durchschnittlich über 120'000 Franken Jahreslohn «ausgepresst» werden, soll SP und Grüne wählen.

⁷⁰ SP-Nationalrätin Barbara Gysi in SRF News, 27.11.2017

⁷¹ Handelszeitung, 25.01.2019

Was der Staat den Bürgern schon wegnimmt

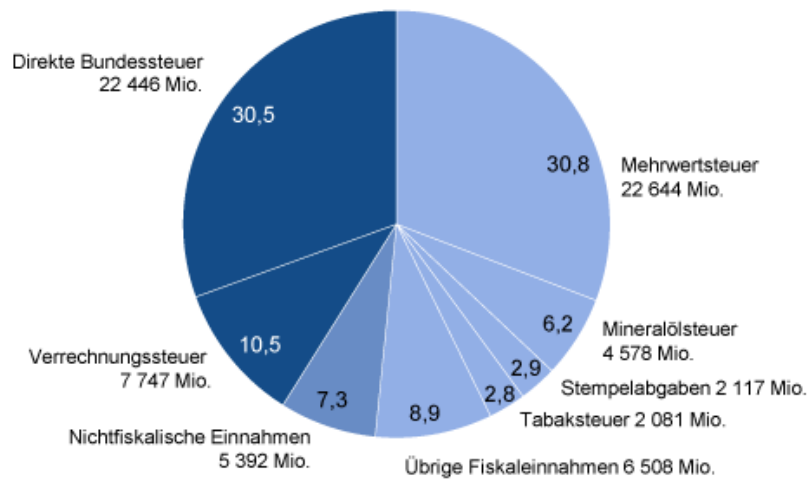
Bund, Kantone, Gemeinden: Alle drei Staatsebenen erheben verschiedene Steuern. Im Jahr 2000 beliefen sich deren Steuereinnahmen auf 99,2 Milliarden Franken. Heute sind es bereits 145,3 Milliarden⁷². **Also fast fünfzig Prozent mehr!** Pro Kopf sind das durchschnittlich 17'300 Franken Steuerleistungen. Dazu kommen Gebühren und Prämien, zum Beispiel für die Krankenversicherung.



Die vom Bund erhobenen Steuern (69,713 Mrd.):

- Direkte Bundessteuer (auf dem Einkommen der natürlichen Personen und auf dem Gewinn der juristischen Personen)
- Eidgenössische Spielbankenabgabe
- Wehrpflichtersatzabgabe
- Mehrwertsteuer
- Eidgenössische Verrechnungssteuer
- Eidgenössische Stempelabgaben
- Tabaksteuer
- Biersteuer
- Mineralölsteuer
- Automobilsteuer
- Steuer auf Spirituosen
- Zölle
- Verkehrsabgaben

⁷² Zahlen aus dem Jahr 2017, Eidgenössische Finanzverwaltung, BFS



Die in den Kantonen erhobenen Steuern (48,851 Mrd.):

- Einkommens- und Vermögenssteuer
- Kopf-, Personal- oder Haushaltsteuer
- Gewinn- und Kapitalsteuer
- Erbschafts- und Schenkungssteuer
- Lotteriegewinnsteuer
- Grundstückgewinnsteuer
- Liegenschaftssteuer
- Handänderungssteuer
- Kantonale Spielbankenabgabe
- Motorfahrzeugsteuer
- Hundesteuer
- Vergnügungssteuer
- Kantonale Stempelsteuer
- Lotteriesteuer
- Wasserzinsen
- Diverse

Die in den Gemeinden erhobenen Steuern (29,208 Mrd.):

- Einkommens- und Vermögenssteuer
- Kopf-, Personal- oder Haushaltsteuer
- Gewinn- und Kapitalsteuer
- Erbschafts- und Schenkungssteuer
- Lotteriegewinnsteuer
- Grundstückgewinnsteuer
- Liegenschaftssteuer
- Handänderungssteuer
- Gewerbesteuer
- Hundesteuer
- Vergnügungssteuer
- Diverse

Wer findet, der Staat kassiere zu wenig Steuern von den Bürgerinnen und Bürgern, soll SP und Grüne wählen.

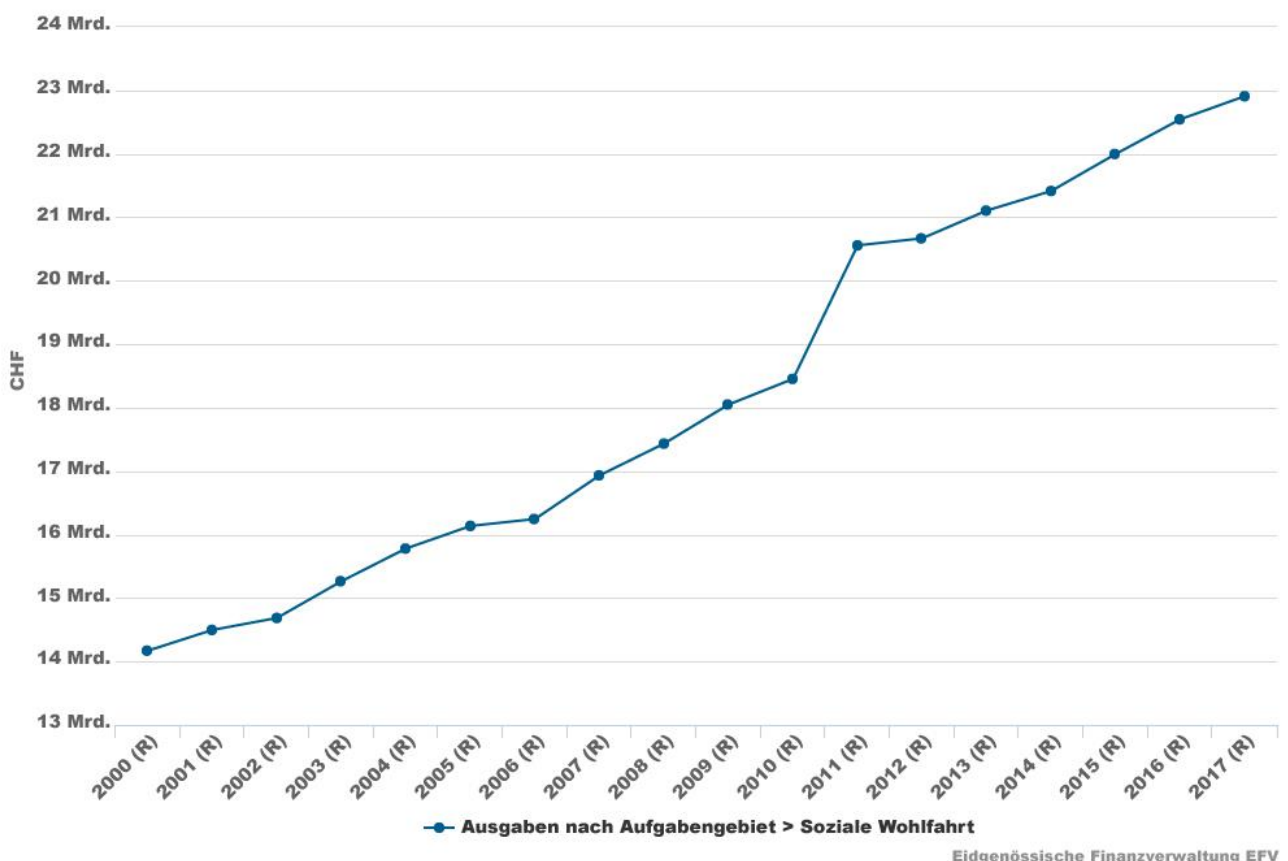
2.7 Aufgeblähter Sozialstaat

Die Linksrünen reden zwar immer von «Sozialabbau» - doch die Zahlen zeigen das Gegenteil: Kein Bereich ist absolut so stark gewachsen wie der Sozialstaat. **Allein auf Bundesebene von 14,2 Milliarden im Jahr 2000 auf 22,9 Milliarden im Jahr 2017.** Die wichtigsten Gründe neben der Altersentwicklung:

- Die unkontrollierte Zuwanderung (Personenfreizügigkeit mit der EU) **verdrängt ältere Schweizer Arbeitnehmer** zunehmend in die Arbeitslosigkeit.
- Nicht nur die Ausländerzahl in der Schweiz steigt, sondern auch deren Bezugsquote in der ALV (1990 0,9%, 2000 3,7%, 2014 5,5%, 2016 6%)⁷³
- Bestimmte Ausländergruppen wandern direkt in unseren Sozialstaat ein: Gemäss Bundesamt für Statistik bezieht **jeder dritte Afrikaner** Sozialhilfe.
- **Jeder zweite Sozialhilfebezüger** in der Schweiz (47,6 %) ist Ausländer.
- Zehntausende Asylmigranten leben von Schweizer Steuergeldern: Die **Sozialhilfequote von anerkannten Flüchtlingen** liegt bei über 86 Prozent, im gesamten Asylbereich beträgt die Quote sogar über 90 Prozent.

Die Ausgaben für die Soziale Wohlfahrt sind von 14,2 Milliarden (2000) auf 22,9 Milliarden Franken (2017) gewachsen:

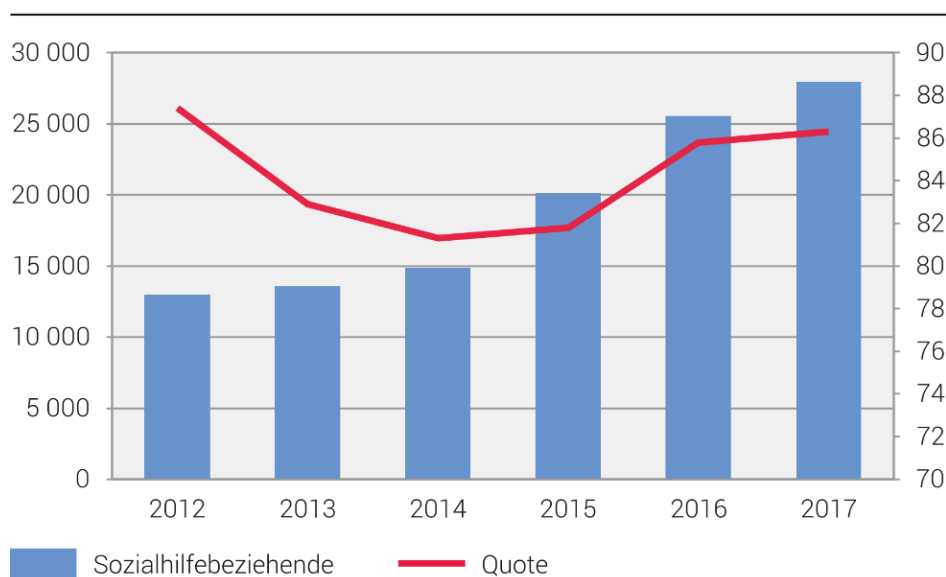
Ausgaben nach Aufgabengebiet



⁷³ Bfs, Schweizerische [Sozialversicherungsstatistik](#) 2017, S. 108.

Über 86 Prozent der anerkannten Flüchtlinge beziehen Sozialhilfe – obwohl sie arbeiten könnten:

SH-FlüStat: Quote und Anzahl Sozialhilfebeziehende, 2012–2017

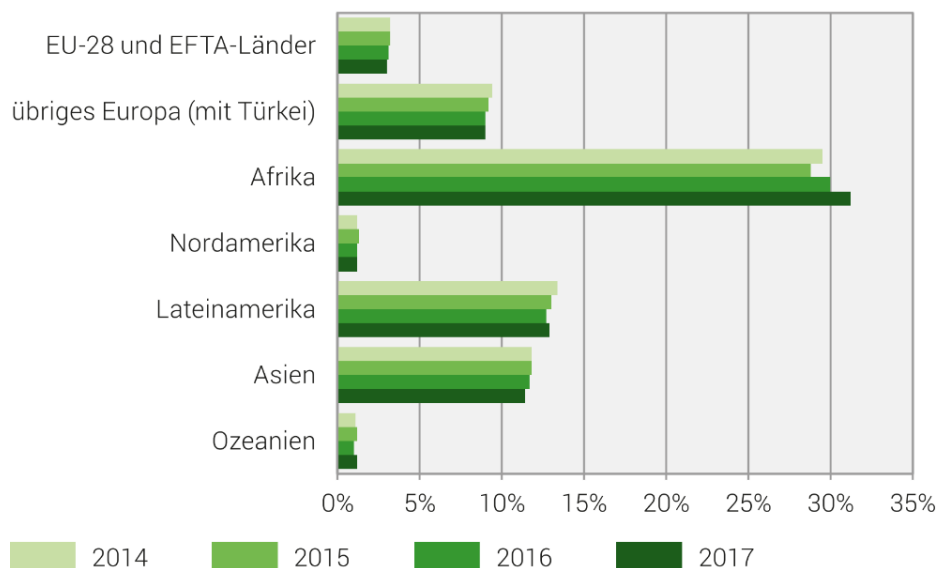


Quelle: BFS – Sozialhilfestatistik (SHS)

© BFS 2018

Durchschnittlich jeder dritte Afrikaner lebt von der Sozialhilfe:

Sozialhilfequote der ausländischen Sozialhilfebeziehenden nach Nationalität, 2014–2017



Quelle: BFS – Sozialhilfestatistik (SHS)

© BFS 2018

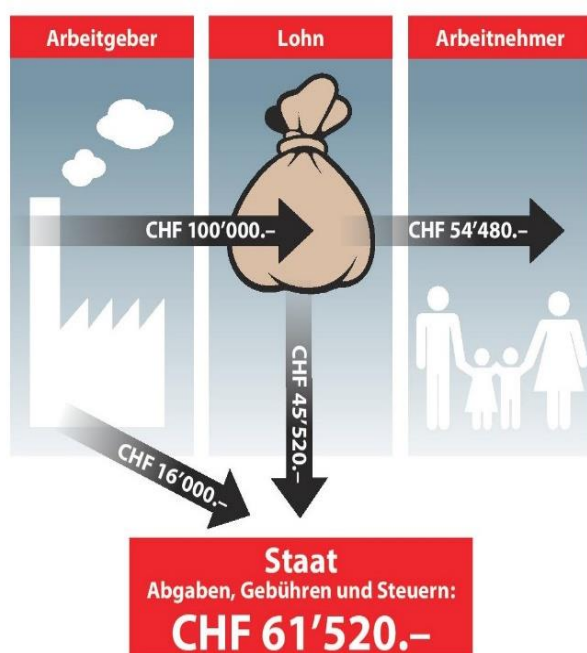
Wer findet, wir brauchen noch mehr Zuwanderung in den Schweizer Sozialstaat, soll SP und Grüne wählen.

Sechs Monate für den Staat schufteten: Mit der linksgrünen Öko-Abzocke bald noch mehr

Die Linke und ihre Mitläufer reden gerne von Solidarität und Gerechtigkeit. Diese «Solidarität» heisst aber meistens: **Der andere muss zahlen**. SP und Grüne wollen das Geld jenen wegnehmen, die arbeiten und etwas leisten.

Wir sind bereits zu einer Art Halbsklaven geworden. Wir schufteten ein halbes Jahr für den Staat, für **alle die Zwangsabgaben**, die wir zu entrichten haben⁷⁴. Gemäss internationaler Berechnungsmethode liegt der Tax Freedom Day in der Schweiz in der ersten Julihälfte⁷⁵. Erst ab dann arbeiten Sie **für Ihr eigenes Portemonnaie**.

Paar mit zwei Kindern arbeitet über 6 Monate nur für den Staat!



Effektiver Lohn für ein Paar mit zwei Kindern:		116'000.00 CHF
Arbeitgeber-Prozente	(AHV, IV, EO, ALV, Pensionskasse, Unfall- und Nichtberufsunfallversicherung, Familienzulagen)	- 16'000.00
Arbeitnehmer-Prozente		- 14'000.00
Krankenkassenprämien		- 11'500.00
Einkommenssteuer im Landesdurchschnitt		- 8'700.00
Direkte Bundessteuer		- 220.00
Mehrwertsteuer auf Konsumausgaben (Nahrungsmittel, Ferien, Restaurants, Telefon, Kleider, Möbel, Zeitungsabonnement usw.) von rund 40'000 Franken		- 3'000.00
Motorfahrzeug- und Mineralölsteuer, Autobahnvignette, Importzoll für Auto		- 1'500.00
Tabaksteuer (1 Pack Zigaretten pro Tag)		- 1'600.00
Diverse Gebühren und Abgaben (Kehricht- und Abwasserentsorgung, Stempelabgabe, Krankenzusatzversicherung, Billettsteuern, Alkoholsteuer, Hundesteuer, Selbstbehalte bei den Gesundheitskosten usw.)		- 5'000.00
Lohn nach Abzug aller Zwangsabgaben		54'480.00 CHF
Abgabenquote		53 %

Woher kommt diese staatliche Halbgefangenschaft? Sie hat damit zu tun, dass die leistungswilligen Bürgerinnen und Bürger **auch noch für jene schufteten müssen**, die sich in unserem Sozialsystem eingerichtet haben. Nicht zu reden von jenen Zehntausenden von Asylmigranten und Wirtschaftsflüchtlingen in der Schweiz, deren Wohnungen und Krankenkassenprämien bezahlt werden müssen.

Wenn die Linksgrünen **ihre Öko-Abzocke** (höhere Benzinpreise, Strassenmaut, CO2-Abgaben, Verbot von Öl-Heizungen usw.) durchsetzen können, wird **jeder Haushalt nochmals mit Tausenden Franken mehr belastet** werden.

Wer der Meinung ist, dass die staatlichen Zwangsabgaben noch weiter ansteigen sollen, soll SP und Grüne wählen.

⁷⁴ «Auch hierzulande wird bis weit ins Jahr hinein für den Staat geschuftet.» NZZ, 19.07.2017

⁷⁵ Gemäss Berechnung der Avenir Suisse am 10. Juli (2015)

3. Sie haben die Wahl...

- **Wer nochmals 20 Rappen mehr pro Liter Benzin bezahlen will, soll SP und Grüne wählen.**
- **Wer für 100 Kilometer Autofahrt zusätzlich 10 Franken Strassenabgabe («Mobility Pricing») zahlen will, soll SP oder Grüne wählen.**
- **Wer meint, Familien und Pendler sollen pro Jahr 2'000 Franken zusätzlich als Strassengabe zahlen, soll SP und Grüne wählen.**
- **Wer findet, dass die Haushalte eine «Dreckstromabgabe» von zusätzlich 495 Franken pro Jahr zahlen müssen, soll SP und Grüne wählen.**
- **Wer pro Jahr über 1'500 Franken mehr fürs Heizen ausgeben will, soll SP und Grüne wählen.**
- **Wer glaubt, der Strom kommt aus der Steckdose und von ein paar Windrädchen auf dem Jurasüdfuss, soll SP und Grüne wählen.**
- **Wer 2'616 Franken mehr im Jahr für Solarstrom ausgeben will, soll SP und Grüne wählen.**
- **Wer keine Steuerabzüge mehr will und dafür eine um mehrere tausend Franken höhere Steuerrechnung bezahlen möchte, soll SP und Grüne wählen.**
- **Wer lieber 15 statt 7,7 Prozent Mehrwertsteuern bezahlt, soll mit der SP und den Grünen der EU beitreten.**
- **Wer findet, Paare sollten steuerlich benachteiligt werden, nur weil sie verheiratet sind, soll SP und Grüne wählen.**
- **Wer findet, die Flugtickets müssten doppelt so teuer werden, soll SP und Grüne wählen.**
- **Wer Ölheizungen verbieten und dafür höhere Mieten zahlen will, soll SP und Grüne wählen.**
- **Wer jährlich bis zu 2500 Franken mehr für Öko-Produkte ausgeben will (oder kann!), soll SP und Grüne wählen.**
- **Wer meint, die Schweiz brauche zusätzlich eine nationale Erbschaftssteuer, soll SP und Grüne wählen.**
- **Wer meint, mit einer Abschaffung des Steuerwettbewerbs würden die Steuerbelastung geringer und die staatlichen Leistungen besser, soll SP und Grüne wählen.**
- **Wer will, dass die Schweiz ihre Steuern mit der EU «harmonisiert», soll SP und Grüne wählen.**
- **Wer meint, die Schweiz soll die Schuldenbremse wieder abschaffen, der soll SP und Grüne wählen.**
- **Wer meint, jeder in der Schweiz soll ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten, also «Lohn» fürs Nichtstun, soll SP und Grüne wählen.**
- **Wer der Meinung ist, die Schweiz müsse noch mehr Milliarden ins Ausland zahlen, soll SP und Grüne wählen.**
- **Wer findet, ein junger Asylmigrant soll im Monat mehr kosten als ein AHV-Rentner, soll SP und Grüne wählen.**

- **Wer findet, renitente Asylbewerber sollen gleich viel Sozialhilfe erhalten wie ein 60-jähriger Schweizer, der sein Leben lang gearbeitet hat, soll SP und Grüne wählen.**
- **Wer der Meinung ist, dass sich Arbeit weniger lohnen soll, als Sozialhilfe zu beziehen, soll SP und Grüne wählen.**
- **Wer findet, dass auch abgelehnte und straffällige Asylbewerber Sozialhilfe bekommen sollen, soll SP und Grüne wählen.**
- **Wer meint, noch mehr staatliche Eingriffe würden die Krankenkassenprämien verbilligen, soll SP und Grüne wählen.**
- **Wer findet, dass Bundesangestellte mit durchschnittlich über 120'000 Franken Jahreslohn «ausgepresst» werden, soll SP und Grüne wählen.**
- **Wer glaubt, wir brauchen noch mehr Zuwanderung in den Schweizer Sozialstaat, soll SP und Grüne wählen.**
- **Wer meint, der Staat müsse immer mehr Geld einnehmen und ausgeben, soll SP und Grüne wählen.**
- **Wer findet, der Staat kassiere zu wenig Steuern von den Bürgerinnen und Bürgern, soll SP und Grüne wählen.**

Wer aber diese Politik nicht will, wählt SVP. Denn nur die SVP schützt Sie und Ihr Portemonnaie vor dem Raubzug der linksgrünen Parteien.